

Auf der Suche nach dem Dreh- und Angelpunkt der Geschichte: die Eurasiendebatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924-1932)

Dostal, Jörg Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dostal, J. M. (2016). Auf der Suche nach dem Dreh- und Angelpunkt der Geschichte: die Eurasiendebatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924-1932). *Journal of the Korean-German Association for Social Sciences / Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften*, 26(4), 29-72. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55599-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Free Digital Peer Publishing Licence zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Free Digital Peer Publishing Licence. For more information see: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Auf der Suche nach dem Dreh- und Angelpunkt der Geschichte: Die Eurasien-Debatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924-1932)

Jörg Michael Dostal*

Inhaltsverzeichnis

- I. Einleitung: Geopolitik als Wissenschaftsansatz im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert
- II. Geopolitik des frühen 20. Jahrhunderts: Halford Mackinder und die Entstehung der Eurasien-Debatte
- III. Die Zeitschrift für Geopolitik (1924–1932): Karl Haushofer und Erich Obst
- IV. Die Eurasien-Debatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924–1932)
- V. Fazit: Geopolitik im frühen 21. Jahrhundert als neue Eurasien-Debatte?

<Zusammenfassung>

Dieser Beitrag untersucht die Geschichte des geopolitischen Denkens in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik (1919–1933). Im ersten Abschnitt werden einige geopolitische Grundkonzepte vorgestellt. Der zweite Teil analysiert

* Associate Professor, Graduiertenschule für öffentliche Verwaltung (GSPA), Seoul National Universität

Halford Mackinders einflussreichen Artikel (1904) über den geographischen Dreh- und Angelpunkt der Geschichte in Eurasien. In der dritten Sektion werden die geopolitischen Ideen von Karl Haushofer und Erich Obst als Hauptherausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik“, der wichtigsten deutschsprachigen geopolitischen Publikation der Weimarer Jahre, diskutiert. Haushofer vertrat seit 1913 das Konzept eines „ost-eurasiatischen Zukunftsblocks“, d. h. einer geopolitischen Allianz Deutschlands mit Russland, Japan und möglicherweise auch China. Durch ein solches Bündnis wollte er die angelsächsischen Seemächte aus Eurasien fernhalten. Obst besaß dagegen ein negatives Russland-Bild und sah keine Perspektive für eine deutsche Ostorientierung. Diese Gegensätze in der deutschen Eurasien-Debatte der Weimarer Zeit werden dann im vierten Abschnitt am Beispiel der in der Zeitschrift für Geopolitik zwischen 1924 und 1932 veröffentlichten Beiträgen näher untersucht. Die dabei vorgebrachten Ideen, insbesondere das gegensätzliche Russlandbild der Diskussionsteilnehmer, sind auch für die Gegenwart von Bedeutung, zumal Interessengegensätze zwischen Land- und Seemächten auch im 21. Jahrhundert fortbestehen.

Schlüsselwörter: Erich Obst, Eurasien, Geopolitik, Halford Mackinder, Karl Haushofer, Zeitschrift für Geopolitik

I. Einleitung: Geopolitik als Wissenschaftsansatz im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert

Die Geopolitik als akademisches Studienfeld entwickelte sich in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs aus der im späten 19. Jahrhundert vor allem unter dem Einfluss von Friedrich Ratzel begründeten politischen Geographie. Die politische Geographie widmet sich dem Studium der Staaten und Völker und wurde von Ratzel darum auch als „Anthropogeographie“ bezeichnet. Sie sollte vor allem die Verbindung zwischen Erdkunde und Staats- und Geschichtswissenschaft herstellen.

Geopolitik geht einen Schritt weiter und stellt den Einfluss geographischer

Faktoren auf das politische Geschehen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Allgemein versucht der geopolitische Wissenschaftsansatz Natur- und Sozialwissenschaften miteinander in Verbindung zu setzen und politische Vorgänge aus geographischer Sicht zu analysieren.

Die geopolitische Verbindung zwischen dem Studium vorgefundener geographischer und menschlich beeinflusster und sozial bestimmter Faktoren kommt in der folgenden Definition gut zum Ausdruck: „[G]eopolitische Anschauung bedingt eine Änderung der bisherigen Fragestellung: Wirken bisher menschliche Willenskräfte allein im Raum, so erscheint dieser nunmehr als ein selbstständiges, von diesem unabhängiges Moment. (...) Geopolitik bedeutet somit die Untersuchung der Beziehungen zwischen der politischen Kraft und dem Raum. Die Erdoberfläche ist an sich keine Einheit (...). Mannigfaltigkeit der Lebensbedingungen [bewirkt], daß Geopolitik geradezu zur Lehre von der Verschiedenartigkeit der Raumwirkung wird. (...) Alle im Raume wirkende Kraft ist politisch“ (Hesse, 1924: 2, 4).

Als klassische Autoren des modernen geopolitischen Denkens gelten im anglo-amerikanischen und deutschen Diskurs (geopolitisches Denken in anderen Ländern, wie z. B. Russland, Frankreich, China und Japan wird in diesem Artikel nicht behandelt) der amerikanische Admiral Alfred Taylor Mahan (1840–1914), der deutsche Geographieprofessor Friedrich Ratzel (1844–1904), der britische Geographieprofessor Halford Mackinder (1861–1947), der schwedische Staatswissenschaftler Rudolf Kjellén (1864–1922) und der deutsche Generalmajor, Geographieprofessor und Hauptherausgeber der Zeitschrift für Geopolitik Karl Haushofer (1869–1946) (Spang und Milovanovic, 2011: 8–17).

Eine besonders wichtige Rolle bei der Einführung der Geopolitik im deutschen Sprachraum wurde dabei von Kjellén gespielt. Dieser hatte das Wort „Geopolitik“ erstmals 1899 in einem Artikel in der schwedischen geographischen Zeitschrift *Ymer* verwendet. Später stellte er fest, dass sich seine Wortschöpfung während des Ersten Weltkriegs – „seitdem findet man den Begriff überall“ – zumindest im deutschen Sprachraum allgemein durchsetzte (Kjellén, 1920: 40–41).

Kjellén bemühte sich im Lauf seiner akademischen Karriere um die Entwicklung der Geopolitik als akademischer Richtung. Dabei war er nicht nur um Abgrenzung von der älteren Disziplin der politischen Geographie bemüht, sondern versuchte die Geopolitik auch im Rahmen einer politischen Wissenschaft des modernen Staates zu verankern. Er verstand Geopolitik dabei als eine von fünf Elementen einer allgemeinen Staatswissenschaft, die neben den geographischen Faktoren des Staatsgebietes (Geopolitik) auch den Staatshaushalt (Ökopolitik), das Staatsvolk, bzw. seine ethnische Zusammensetzung (Demopolitik), die Behandlung sozio-ökonomischer Probleme durch den Staat (Soziopolitik) und die politische Verfassungsordnung des Staates (Kratopolitik) umfasste (1920: 61–103).

Diese umfassende Bestimmung der Aktivitäten des modernen Staates entwickelte er weiter in Richtung auf eine organische Staatsauffassung. Er wandte sich dabei gegen das „Manchester-Ideal auf dem Gebiet des Staatslebens“, welches in der liberalen Tradition den Staat auf seine Rolle als „Lieferanten des Rechtsschutzes“ beschränken will (Kjellén, 1924: 10–11). Gleichzeitig forderte er die „einseitig formaljuristische Betrachtung der Aufgaben des Staates“ aufzugeben und durch eine Staatswissenschaft zu ersetzen, die der „Eigenschaft des Staates Raum [gibt], neben einer Rechtskraft auch eine soziale und wirtschaftliche Kraft zu sein“ (1924: 11, 17).

Im Rahmen seiner organischen Staatsauffassung definierte er die Geopolitik nun als „die Lehre vom Staat als geographischem Organismus oder als Erscheinung im Raume: also der Staat als Land, Territorium, Gebiet oder, am bezeichnendsten, als Reich. Als politische Wissenschaft hat sie ihr Augenmerk stets auf die staatliche Einheit gerichtet und will zum Verständnis des Wesens des Staates beitragen, während die politische Geographie die Erde als Wohnstätte für ihre menschliche Bewohnerschaft in ihren Beziehungen zu den übrigen Eigenschaften der Erde studiert“ (1924: 45). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Kjellén eine bedeutende Rolle als Katalysator des geopolitischen Denkens im deutschen Sprachraum gespielt hat.

Trotz unbestritten innovativer Ansätze gelang es der Geopolitik jedoch nicht, sich im 20. Jahrhundert als akademische Disziplin zu etablieren. Auch blieb der Einfluss geopolitischen Denkens von Land zu Land sehr unterschiedlich. Es ist darum angemessen, von einem Wissenschaftsansatz bzw. einem Paradigma zu sprechen. Dies trifft vor allem auf den geopolitischen Versuch zu, bestehende akademische Disziplinen miteinander zu kombinieren, um ihre analytische Kraft zu steigern. Allerdings ergibt die Kombination bestehender Disziplinen noch keine neue Wissenschaft.

In der Hauptsache litt – und leidet – die Geopolitik jedoch an zwei Schwächen. Einerseits hatten die Stifter der politischen Geographie als direktem Vorläufer der Geopolitik, insbesondere Ratzel (1923), einen ausgeprägt positivistischen Ansatz. Ratzel wollte das Studium der politischen Rolle geographischer Faktoren bis zur Entdeckung von „Gesetzen“ vorantreiben. Dieser Versuch der Etablierung allgemeingültiger Gesetze bezog sich jedoch „auf dauerhafte, gleichsam ewige Konfigurationen, nämlich auf diejenigen der physischen Geographie, die ihm zur Untermauerung politischer Aussagen dienen sollten“ (Lacoste, 1990: 24).

Dieser Versuch musste misslingen, da Gesetzmäßigkeiten entweder zu allgemein waren (so z. B. Ratzels Formulierung „Der politische Wert der Landfläche vervielfältigt sich in der Nähe des Meeres“ (1923: 489)), gleichzeitig aber grundlegende Fragen wie das Verhältnis von Land– und Seemacht (später auch von Luft– und Weltraummacht) nicht durch „Gesetze“ verstanden werden konnten. So ist Ratzels Aussage „Das Meer ist leichter zu durchmessen als das Land, so wie es daher dem Verkehr die Möglichkeit der größten Ausdehnung gewährt, erleichtert es auch die Ausbreitung einer politischen Herrschaft“ (ibid.) im 20. Jahrhundert durch andere geopolitische Autoren – wie z. B. den im nächsten Abschnitt behandelten Mackinder – immer wieder in Frage gestellt worden. Geographische Faktoren haben zwar eine dauerhafte Auswirkung auf politische Entwicklungen, sind aber nicht statisch. Geopolitik muss sich darum damit bescheiden, die dauerhaft wirkende politische Rolle geographischer Faktoren zu betonen und diese immer

wieder neu in Verbindung mit der menschlichen Rolle in der Entwicklung von Politik zu interpretieren.

Eine andere frühe geopolitische Denkfigur, die neben Ratzel auch von Kjellén popularisierte Idee des Staats als Organismus – mit der biologischen Analogie von Wachstum, Maturität und Tod – und einer im Sinn von Darwin bestehenden Selektion zwischen lebensfähigen und lebensunfähigen Staaten mag man ebenfalls als einen gescheiterten Versuch der Übertragung von „Gesetzen“ von den Natur– auf die Sozialwissenschaften verwerfen.¹⁾ Sie taugt wohl als Analogie, jedoch nicht als Paradigma.

Dies führt direkt zum zweiten Schwachpunkt der Geopolitik. Die klassischen Autoren und ihre Nachfolger sind häufig politisch engagiert, sie unterstützen die imperialen Projekte von Ländern oder Länderblöcken und behaupten, dass solche politischen Projekte „objektiv“ in geographischen Faktoren begründet sind. Damit stehen sie mit einem Bein im Feld der Geopolitik als Wissenschaftsansatz und mit dem anderen Bein im Feld der Politikberatung, besonders der Beratung staatlicher Exekutiven bei der Entwicklung einer staatlichen Gesamtstrategie (*grand strategy*). Zweifellos sind sich alle erwähnten klassischen Autoren dieser Rolle bewusst gewesen. Sie haben aber trotz der zwischen ihnen bestehenden politischen Gegensätze voneinander gelernt und den Wunsch geteilt, eine neue Wissenschaft

1) Dabei sollte das kreative Moment der Nutzung darwinistischer Analogien anerkannt werden. Kjellén ist keinesfalls einseitig auf die „lebensfähigen“ Staaten fokussiert. Zwar betont er, dass die „Geschichte tatsächlich immer größere Raumsprüche stellt“, erkennt darin aber nur ein „Gesetz mit vielen Abweichungen“ (1924: 74–75). Einerseits sieht er das 19. Jahrhundert als eine Periode der Zusammenschlüsse zu größeren Staatseinheiten („bei jedem derartigen Zusammenschluss müssen ja Staaten sterben; die früheren Kleinstaaten müssen innerhalb der größeren Nation ihr staatliches Dasein aufgeben... An solchen Gräbern soll man Befriedigung empfinden und keine Trauer. In einem höheren Leben aufzugehen – das ist für die Staaten wie für die Einzelnen der Gedanke, der dem Tod den Stachel und dem Totenreich den Sieg nimmt“ (1924: 182–183)). Andererseits erkennt er die Konkurrenz zwischen den Großmächten auch als Ursache für die Schaffung neuer Kleinstaaten als „Pufferstaaten“ (1924: 81) und lässt dabei die Möglichkeit der Wiederauferstehung oder „Reinkarnation“ von Staaten offen. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch Polen und Korea.

zu begründen.

Zum Schluss sollte man betonen, dass die häufig ideologische Instrumentalisierung der Geopolitik ihre Bedeutung als neue wissenschaftliche Richtung nicht in Frage stellt. Ob Geopolitik herrschende Machtsysteme gegen Kritik immunisiert oder diese in Frage stellt, hängt davon ab, wie die Analysten ihre Instrumente anwenden.

II. Geopolitik des frühen 20. Jahrhunderts: Halford Mackinder und die Entstehung der Eurasien-Debatte

Obwohl die Eurasien-Debatte des frühen 20. Jahrhunderts nicht auf einen einzelnen Autor zurückgeführt werden kann, ist es angebracht, Halford Mackinders paradigmatischen Artikel „The Geographical Pivot of History“ (1904) besonders hervorzuheben. Mackinder führte in seinem Beitrag den Begriff „Pivot“ (ein relativ seltenes englisches Wort, welches in kleinen Wörterbüchern nicht vorkommt) in die geopolitische Debatte ein. Dieses Wort steht hier für die herausragende Rolle eines geographischen „Dreh- und Angelpunkts“ (so eine der möglichen deutschen Übersetzungen) in der Weltgeschichte.

Der Dreh- und Angelpunkt befindet sich laut Mackinder in Westsibirien, welches er als das Zentrum einer hauptsächlich das imperiale Russland seiner Zeit umfassenden Region des Dreh- und Angelpunkts („pivot area“) versteht. Diese Region, an einer Stelle des Artikels auch als „heart-land“ bezeichnet, ist aus Mackinders Sicht dem Zugriff der angelsächsischen Seemächten als eine Art Landfestung dauerhaft entzogen und umfasst das russische Territorium östlich von Moskau mit Ausnahme der nordostasiatischen Küstengebiete. Die Region dehnt sich auch in die nördlichen Gebiete des Iran, Pakistans, Indiens und Chinas aus, soweit sie von See aus nicht zugänglich sind (Spang und Milovanovic, 2011: 12). Die Region des Dreh- und Angelpunkts repräsentiert also den Gegensatz zwischen Land- und

Seemacht in der Geopolitik. Das Zentrum der Landmacht liegt aus Sicht der Seemächte in der extremen Peripherie ihrer eigenen Machtzone.

Mackinders zentrale These ist der geopolitische Aufstieg der Land- gegenüber den Seemächten. Er verstand das frühe 20. Jahrhundert als eine neue Epoche, die er als „Nach-Kolumbus-Zeitalters“ bezeichnete und in der das gesamte Territorium der Erde entdeckt und politisch in Besitz genommen worden war. Nun erwartete er eine Wendung von der politischen Eroberung zur wirtschaftlich effektiveren Nutzung des vorhandenen Raums. Die Entwicklung der Eisenbahn als Transportmittel erlaubte aus seiner Sicht Russland als größter Landmacht der Welt eine relative Verbesserung der eigenen Effektivität als Staat. Dieses neue russische Machtpotenzial führte aus Mackinders Sicht - auch im Bündnis mit anderen Kontinentalstaaten, vor allem Deutschland - zu einer Gefährdung der Stellung der britischen Seemacht und ihrer traditionellen Politik der „balance of power“ in Europa und Asien. Dies, so Mackinder in dem am meisten zitierten Beitrag seines geopolitisch-akademischen Lebens, sei die geopolitische Herausforderung des 20. Jahrhunderts für das britische Empire.

Im Wesentlichen besteht Mackinders Argumentation aus drei Hauptteilen. Zunächst offerierte er einen Abriss der eurasischen Geschichte mit Bezug auf die Herausbildung der russischen Staatlichkeit. Dann diskutierte er die Region des Dreh- und Angelpunkts mit ihrem geographischen Zentrum in Westsibirien und wendete seine Geschichtsbetrachtung schließlich in politikberatender Absicht auf die Gegenwart des Jahres 1904 an, um vor der Gefahr eines russisch-deutschen Kontinentalbündnisses für das britische Empire zu warnen. In den beiden ersten historischen Teilen betont Mackinder zunächst, dass sich die eurasische Geschichte als eine Abfolge der Invasion ostasiatischer Steppenvölker in Richtung auf Europa und auch auf die westasiatische und mediterrane Welt darstellt. Dieses Geschichtsbild ist geographisch determiniert: die Steppengebiete Asiens sind flach, abseits der Flüsse nicht bewaldet und für Invasionen der auf Pferden vorankommenden Nomaden aus Asien darum leicht zugänglich. Dagegen ist das nördliche Russland bewaldet,

zunächst dünn besiedelt und auch klimatisch für die Invasoren wenig attraktiv. Mackinders Region des Dreh- und Angelpunkts besteht also einerseits aus der nördlichen Peripherie der geöffneten Steppenregion (dem nördlichen Russland) und andererseits aus der Steppe selbst, die zwischen dem südlichen Ende des Uralgebirgszugs und dem Kaspischen Meer Invasoren Zugang gewährt und in Richtung auf Westeuropa schließlich durch die Karpaten begrenzt wird (Mackinder, 1904: 424–425).

Sein geopolitisches Weltbild fokussierte völlig auf die Geschichte der nomadischen Expansion von Ost nach West, d. h. die Rolle der Mongolenstürme im frühen 13. Jahrhundert bei der Zerstörung des ersten russischen Reiches (die Kiewer Rus). Die sich daran anschließende Verschiebung russischer Staatlichkeit in nördlicher Richtung auf Moskau und Nowgorod hin führt aus seiner Sicht zu einer bedeutenden geopolitischen Veränderung: Moskau ist Teil der Region des Dreh- und Angelpunkts, während Kiew nicht dazu gehört.²⁾

Mackinders Fokus auf die Mongolenstürme bedeutet, dass alle anderen historischen Invasoren der Region entweder ignorieren oder für sekundär erklärt werden. So werden die arabischen, türkischen und persischen Feldzüge von Westasien nach Zentralasien zwischen dem 8. und dem 12. Jahrhundert und die Ausbreitung des Islam nur einmal kurz erwähnt. Der auf den Zerfall des Mongolenreichs folgende Aufstieg neuer russischer Staatlichkeit erscheint so als Umkehr der früheren Expansionsrichtung: statt von Ost nach West verläuft die vom Moskauer Raum ausgehende Binnenkolonisation Russlands seit dem 14. Jahrhundert von West nach Ost und auch von Nord nach Süd (1904: 433–434).

In diesem Zusammenhang lässt Mackinder unter den Tisch fallen, dass auch die nördlichen Gebiete der Region des Dreh- und Angelpunkts durch geographische

2) Strenggenommen lässt sich auf Mackinders seinen Artikel illustrierenden Karte der Region des Dreh- und Angelpunkts (1904: 435) kaum erkennen, ob Moskau Teil des „pivot area“ ist. Unstreitig ist, dass die Region östlich von Moskau dazugehört. In späteren Veröffentlichungen, so 1919 und 1943, veränderte Mackinder die Grenzen seiner geopolitischen Denkfigur und ersetzte den Begriff „pivot area“ durch den Ausdruck „heartland“.

Faktoren – Wälder und Klima – nur sehr begrenzt vor den Mongolen geschützt wurden. Mit der Ausnahme von Nowgorod wurde auch der Norden von der Goldenen Horde (den Nachfahren des mongolischen Führers Dschingis Khan, die von den Russen auch als Tataren bezeichnet werden) zwischen 1237 und 1238 erobert. Nach zwei Jahrhunderten der Tributpflicht wurde Moskau als nach Norden verlagertes Zentrum russischer Staatlichkeit erneut 1382 von den Tataren niedergebrannt.

Der Aufstieg des russischen Staates hat sich also nicht in (relativer) Isolation von den Mongolen/Tataren in einer geschützten nördlichen Peripherie vollzogen, wie man nach Lektüre von Mackinder und Betrachtung der seinen Artikel illustrierenden Karten vermuten könnte, sondern „der Aufstieg Moskaus [ist] ohne die Tatarenherrschaft nicht vorstellbar“ (Linke, 2005: 11). Der russische Staat wuchs gewissermaßen im Windschatten seiner Abschirmung durch das Tatarenreich nach Süden.³⁾ Nach dessen Zerfall erlaubte die russische Nutzung der Flussläufe von Nord nach Süd die sich anschließende kontinentale Expansion (Binnenkolonisation). Schließlich wurden auf diese Weise die nördlichen Waldgebiete und die südliche Steppe unter der Staatlichkeit des russischen Empires vereint.

Mackinders zweiter Teil der Analyse eurasischer Landmacht – bemerkenswert detailarm für einen Artikel, der doch maßgeblich um Russland kreist – fokussiert vor allem darauf, was Russland *nicht* ist. Es ist keine Seemacht, denn das eurasische Russland besitzt keine Flussverbindungen zum offenen Ozean oder eisfreie Seegrenzen: „Wisely recognizing the fundamental limits of her power, her rulers have parted with Alaska; for it is as much a law of policy for Russia to own nothing over seas as for Britain to be supreme on the ocean“ (Mackinder, 1904: 436).

Worin genau die Stärke der Region des Dreh- und Angelpunkts (d. h. „pivot area“ bzw. „heart-land“ in Mackinders Terminologie) als der größten Landfläche

3) Die Neubewertung der Tatarenherrschaft im Sinn einer positiven Würdigung ist auch eine Hauptidee der russischen eurasischen Bewegung, die vor allem von exil-russischen Autoren nach der Oktoberrevolution begründet wurde (Wiederkehr, 2007: 88–90). Russland wird in solchen Betrachtungen häufig mit Eurasien gleichgesetzt und die russische Kultur als geglückte Fusion zwischen slawischen und tatarischen Elementen interpretiert.

Eurasiens besteht, wird jedoch nur angedeutet: „The spaces within the Russian empire and Mongolia are so vast, and their potentialities in population, wheat, cotton, fuel and metals so incalculable great, that it is inevitable that a vast economic world, more or less apart, will there develop inaccessible to oceanic commerce“ (ibid.: 434). Mackinder unterstreicht die nach Osten gerichtete Kolonisationstätigkeit Russlands – von der osteuropäischen Steppenlandschaft in Richtung auf Sibirien und den Pazifik – und schlussfolgert, dass „Russland das Mongolische Empire ersetzt“ (ibid.: 436). Allerdings wird diese Verbeugung vor den Potenzialen Russlands nicht weiter entwickelt. Stattdessen schließt der Artikel mit der Warnung, dass Russland seine materiellen Ressourcen zur weiteren Entwicklung einer eigenen Seemacht – auch in Allianz mit Deutschland – nutzen und damit nach der Weltmacht greifen könnte: „The oversetting of the balance of power in favour of the pivot state, resulting in its expansion over the marginal lands of Euro-Asia, would permit of the use of vast continental resources for fleet-building, and the empire of the world would then be in sight“ (ibid.). Diese Prophezeiung war im Jahr 1904 durchaus ambivalent, denn das „empire of the world“ war zu dieser Zeit noch britisch. Allerdings trat die Landmacht Russland nie die Nachfolge der Seemacht Großbritannien an.

Mackinder lässt in seinem Artikel auch die Seemächte zu ihrem Recht kommen, obwohl er ihre in der Tradition des maritimen Denkens von Admiral Mahan als überlegen angesehene strategische Stellung nicht besonders hervorhebt. Er erklärt zunächst, dass die Seemächte (genannt werden England, Kanada, die Vereinigten Staaten, Südafrika, Australien und Japan) einen äußeren Halbmond („outer marginal crescent“) um die eurasische Region des Dreh- und Angelpunkts bilden. Zusätzlich identifiziert er einen inneren Halbmond („inner marginal crescent“), der aus Westeuropa und Skandinavien als peripheren Regionen Eurasiens, der Küstenregion des Mittelmeers, der arabischen Halbinsel und den durch Gebirge von Russland getrennten Regionen Asiens, vor allem Indien und Zentralchina, besteht. Der innere Halbmond bildet – unabhängig von den Seemächten – eine erste Verteidigungslinie gegen eine mögliche eurasische Expansion, während Großbritannien und Japan

zusammen mit den anderen Seemächten des äußeren Halbmonds Eurasien am Zugang zum Meer hindern könnten (das imperiale Deutschland mit seinen maritimen Ambitionen wird hier von Mackinder bewusst ignoriert).

Mackinder deutet an, dass seine „objektiv“ auf geographischen „Fakten“ basierenden Ansichten über die überragende strategische Stellung der Region des Dreh- und Angelpunkts in Eurasien welthistorisch auch wieder in Frage gestellt werden könnten. So erklärt er, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung in den Küstenregionen des „großen Kontinents“ (gemeint sind Europa und Asien) leben, d. h. größtenteils außerhalb der Region des Dreh- und Angelpunkts. Zusätzlich unterstreicht er, dass die Konstruktion des Panama-Kanals (1904 begonnen und 1914 vollendet) den Vereinigten Staaten erlauben würde, ihre Seestreitkräfte zwischen Pazifik und Atlantik zu verschieben, was wiederum dazu führen würde, dass die wirkliche Teilung zwischen Ost und West im Atlantik lokalisiert wäre (1904: 428, 436).

Es muss aber gefragt werden, warum Mackinder überhaupt den Versuch unternimmt, einen bestimmten geographischen Dreh- und Angelpunkt zur potenziellen Erringung entweder der Macht über die eurasische Landmasse oder sogar der Weltmacht zu identifizieren. Ein anderer geopolitischer Autor fragt so auch rhetorisch, warum Mackinder „...ausgerechnet in den praktisch unbewohnten Sumpfwäldern Westsibiriens ein *heartland* ansiedelt und behauptet, die Kontrolle über dieses „Herzland“ ebne den Weg zur Weltmacht“ (Lacoste, 1990: 34). Dieser Kritiker erklärt dann, dass es „nur eine einzige Erklärung“ für diese Wahl gebe, nämlich das Westsibirien „eine Fläche [ist], die genau in der Mitte zwischen der atlantischen und der pazifischen Küste Eurasiens liegt“ (ibid.). Allerdings ist diese rein kartographische Erklärung für die Auswahl Westsibiriens als „Herzland“ nicht unumstritten. So erklärt ein anderer Autor, dass Mackinder mit dem Dreh- und Angelpunkt in Westsibirien die Grenze des „Great Game“ zwischen dem englischen und dem russischen Empire im 19. Jahrhundert bezeichnen wollte, da beide Mächte zu dieser Zeit das an Westsibirien grenzende Afghanistan als Puffer zur Abgrenzung imperialer Machtansprüche akzeptiert hätten (Dodds, 2007: 123–124). Eine weitere mögliche Erklärung liegt

darin, die Bedeutung des „Punktes“ in Westsibirien als „Potenz“ zu verstehen, d. h. er steht rein symbolisch für die Möglichkeit einer eurasischen Landmacht, ihr innere Stärke – durch Ausbau des Eisenbahnnetzes, Erschließung der Rohstoffe usw. – zu entwickeln (Sprenkel, 1996: 82). Westsibirien, so könnte man sagen, ist überall.⁴⁾

Obwohl es in die Irre führen würde, einen einzigen „wahren“ Sinn in Mackinders Aufsatz zu suchen – sein bleibender Einfluss als geopolitischer Autor beruht ja gerade auf der Ambiguität seiner Begrifflichkeit – kann man doch annehmen, dass der Autor bei seinem Publikum eine bestimmte Wirkung erzielen wollte. So sprach er von Russland als britischem Rivalen, meint aber im geopolitischen Sinn der Konkurrenz zwischen See- und Landmächten eigentlich Deutschland.⁵⁾ Die beiden Hauptkonkurrenten des britischen Empire waren 1904 die Vereinigten Staaten und das imperiale Deutschland, nicht mehr das imperiale Russland wie noch im 19. Jahrhundert. Während die USA zumindest teilweise außerhalb der britischen Einflusszone agierten, hatte sich Deutschland nach der Reichsgründung von 1871 als führende Landmacht in Europa etabliert und war dabei, durch eine Allianz mit dem Osmanischen Empire seine Macht

4) Umgekehrt könnte man allerdings von der „Potenz“ auch auf den „Punkt“ schließen. Aus heutiger Sicht erscheint die Errichtung der Stadt Magnitogorsk (die „Stadt am magnetischen Berg“) 1400 Kilometer Luftlinie südöstlich von Moskau am südlichen Ende der Uralbergkette und an beiden Ufern des Uralflusses (zugleich die „Grenze“ zwischen Europa und Asien) als ein wichtiger industriepolitischer Schritt zur Vorbereitung der sowjetischen Kriegsanstrengungen im Zweiten Weltkrieg. Die Eisen- und Stahlproduktion in Magnitogorsk – errichtet in den frühen dreißiger Jahren mit Hilfe deutscher und amerikanischer Spezialisten und damit zumindest bezogen auf Deutschland ein Beispiel für das Potential eurasischer Kooperation – leistete einen Hauptbeitrag in der Ausrüstung der Roten Armee.

5) Russland stand im Artikel von 1904 als Platzhalter für die von Deutschland ausgehende Gefahr der aufstrebenden Landmacht für das britische Empire, was Mackinder nach dem Ersten Weltkrieg auch offen zugab. Er erklärte nun, dass seit dem deutsch-französischen Krieg 1870–1871 das „Zentrum der Macht in Osteuropa nun Preußen und nicht mehr Russland war“. Bismarck habe es verstanden, die romanischen Mächte Europas über Kolonialfragen in Nordafrika zu spalten und durch den Rückversicherungsvertrag Deutschlands mit Russland von 1887 ein „festes Osteuropa unter preußischer Kontrolle aber ein geteiltes Westeuropa“ zu schaffen (1919: 159–160, meine Übersetzung). Diese deutsche Hegemonie in Osteuropa sei aber durch das französisch-russische Bündnis von 1895, eine „Allianz zwischen Demokratie und Despotismus“, beendet worden (ibid.: 169).

in den Nahen und Mittleren Osten auszudehnen. Ein zentrales Element dieser deutsch-imperialen Politik waren Planung und Bau der Bagdadbahn, die Berlin und Bagdad verbinden sollte. Dieses Projekt hätte nach seiner Fertigstellung als mögliche Sperre der britischen Ausdehnung nach Indien – und damit in Mackinders Begrifflichkeit sowohl des inneren als auch des äußeren Halbmonds – dienen können.

Man kann annehmen, dass Mackinder den Gegner gleich doppelt irreführen wollte. Einerseits wird das Zentrum der Weltmacht rhetorisch nach Westsibirien verlegt, eine im Jahr 1904 extrem periphere Gegend, die aber immerhin in sicherer Entfernung vom Meer als Quelle der britischen Macht liegt. Dann redete er dem Gegner zusätzlich ein, die neue Quelle der Macht sei Landmacht und *nur* Landmacht – wiegt ihn also noch zusätzlich in Sicherheit ob der scheinbar vorhandenen Machtfülle.

Was Mackinder nicht erwähnte, war die bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts begonnene britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland als der nun führenden europäischen Kontinentalmacht. Am Anfang des 20. Jahrhunderts war Großbritannien von einer Isolations- zu einer Allianzpolitik umgeschwenkt, die einerseits die Fähigkeit der Seemacht zur Einkreisung der Landmacht und andererseits die gegenseitige Balance der europäischen Landmächte mit dem Ziel der Sicherung einer britischen Vetoposition in Europa zum Ziel hatten: „Mackinders Überlegungen zu einer britischen Strategie zeugen von einer Kontinuität des Denkens, die verunklart wird, wenn man seine Ausführungen aus dem Jahre 1904 isoliert betrachtet“ (Strachan, 2015: 72). Die Hauptschritte der neuen britischen Politik waren das Hay-Pauncefote-Abkommen (1901) zwischen den USA und Großbritannien, in dem Großbritannien in die amerikanische Konstruktion des Panamakanals einwilligte, die anglo-japanische Allianz (1902), die *Entente Cordiale* mit Frankreich (1904) und schließlich die Allianz mit Russland (1907), die zur Bildung der Triple Entente führte.

Aus eurasischer Sicht ist hier vor allem der Erfolg der britischen Strategie gegenüber dem imperialen Russland hervorzuheben. Der möglichen weiteren Expansion Russlands in Ostasien – Gefahr für das britische Empire! – wurde durch die britische Allianz mit Japan und die sich anschließende Niederlage Russlands

im japanisch-russischen Krieg 1904–1905 ein Riegel vorgeschoben. Somit wurde die russische Landmacht von Asien nach Europa – von Ost nach West – umgelenkt: „Das englisch-japanische Bündnis wurde so tatsächlich zur Grundlage der Einkreisungspolitik Englands gegen Deutschland“ (Lamezan, 1925: 655). Vor dem Ersten Weltkrieg wurden dem imperialen Russland dann Hoffnungen auf die Kontrolle der Dardanellen und Konstantinopels, sowie von Landgewinnen in Zentraleuropa gemacht, um es auf der Seite der Entente gegen Deutschland zu mobilisieren (Kiesling, 1922: 66; Lamezan, 1928: 595; Strachan, 2015: 80).

Das imperiale Deutschland begriff die Gefahr des heranziehenden Zweifrontenkriegs nicht klar genug und – halb zog man es, halb sank es hin – seine wachsende militärische Zusammenarbeit mit dem Osmanischen Empire, sowie der Beginn des Baus der Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Bagdad (d. h. die von deutschen Firmen vorangetriebene Bagdadbahn) seit 1903 wurden ohne ein das britische Empire ausbalancierendes Allianzsystem auf globaler Ebene zum geopolitischen Abenteuer. Ein Beteiligter urteilte, dass Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg durch „Überschätzung der eigenen Mittel (...) den Keim des Mißerfolges in sich [trug]“, indem es eine „Politik des Starken, der am liebsten allein ist“ verfolgte und dadurch England und Russland zusammenbrachte (Kiesling, 1922: 67).

Das Ergebnis des Ersten Weltkriegs entsprach darum auch nicht der Vision, die Mackinder 1904 verkündet hatte. Nicht die Landmächte waren die Sieger, sondern die Seemächte. Im Fall von Russlands Niederlage gegen das imperiale Deutschland (dem von der Sowjetregierung im März 1918 unterzeichneten Friedensabkommen von Brest-Litowsk) konnte man sogar von einer doppelten Niederlage sprechen: „Wir haben gegen ein Land verloren, das ein paar Monate später selbst kapituliert hat. Und wir waren die Unterlegenen der Verlierer“ (Wladimir W. Putin, zitiert in Cromme, 2016). Der Ausgang des Ersten Weltkriegs legte es also nahe, den Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte weiterhin bei den Seemächten zu lokalisieren. Großbritannien – wenn auch in seiner Machtposition von der anderen Hauptseemacht USA schon angezählt – erschien nun als Angelpunkt eines sich von den britischen

Inseln in Richtung auf die Ostküste des Atlantiks verschiebenden Machtzentrums, während die Region des Dreh- und Angelpunkts in Westsibirien nun scheinbar ihre Bedeutung verlor (Strachan, 2015: 88).

Die Vertreter Deutschlands als dem Hauptverlierer des Ersten Weltkriegs waren darum nach 1918 gezwungen, den Blick wieder nach Osten auf Eurasien zu richten. Nur so konnten sie hoffen, den Druck der maritimen oder teil-maritimen Siegermächte – die USA, Großbritannien und Frankreich – aus deutscher Sicht geopolitisch auszubalanzieren. Die nächste Sektion III skizziert die Bedeutung der Zeitschrift für Geopolitik zwischen 1924 und 1932. Erst wird der biographische Hintergrund von Karl Haushofer und Erich Obst, den beiden wichtigsten Herausgebern der Zeitschrift, erläutert. Dann folgt in Sektion IV die Fallstudie dieses Artikels, d. h. die Analyse der in diesem Zeitraum stattgefundenen Debatten in der Zeitschrift mit eurasischem geopolitischem Bezug.

III. Die Zeitschrift für Geopolitik (1924-1932):

Karl Haushofer und Erich Obst

Die Gründung der Zeitschrift für Geopolitik (ZfGp) im Jahr 1924 war ohne Zweifel ein Hauptschritt zur Etablierung der Geopolitik als akademischer und populärwissenschaftlicher Thematik im deutschsprachigen Raum. Die Zeitschrift wird auch heute in der anglo-amerikanischen Debatte als Repräsentant einer deutschen Schule der Geopolitik präsentiert, trotzdem wohl aufgrund der Sprachbarriere und des fehlenden Zugangs im Internet nur selten gelesen. Die Monatspublikation erschien vom Januar 1924 bis zum Dezember 1942 mit einem Umfang von zwischen 54 und ungefähr 100 Seiten. Da die Zeitschrift gelegentlich Bildtafeln und ausfaltbares Kartenmaterial enthielt, ist eine genaue Seitenzählung nicht immer möglich. Im Jahr 1943 wurden bei verkleinertem Schrifttyp nur noch neun und im Jahr 1944 nur noch sechs Ausgaben

produziert. Mit der letzten Ausgabe 1944 erlosch die Zeitschrift. Eine Wiedergründung in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit neuen Herausgebern fand vergleichsweise nur noch geringes Interesse, da geopolitische Fragestellungen in der Bundesrepublik nicht gefördert wurden.

Eine Neulektüre ergibt zunächst, dass die Zeitschrift verschiedene „Genres“ miteinander verband. Einerseits erschienen Beiträge mit dem Anspruch der Entwicklung der Geopolitik als akademischer Disziplin, andererseits finden sich auch tagespolitisch informative und Meinungsartikel mit eher journalistischem Charakter. Die Auflage der Zeitschrift betrug anfänglich 800 Exemplare, stieg aber schnell auf etwa 4000 Exemplare, bis Anfang der dreißiger Jahre eine Auflagensenkung eintrat, die zunächst durch eine Reorganisation des Herausbergremiums – durch Rücktritt von drei Herausgebern – und Übernahme der Zeitschrift durch Karl Haushofer als Alleinherausgeber unter tatkräftiger Mithilfe seines Sohns Albrecht überwunden wurde (Jacobsen, 1979b: 116–117).

Die Bezieher der Zeitschrift waren üblicherweise gesellschaftliche Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft sowie in- und ausländische Universitätsbibliotheken, d. h. der Einfluss der Zeitschrift war viel höher als die Auflage vermuten lassen würde. Aus den Beiträgen der Zeitschrift und der monatlichen Rezension ausländischer geopolitischer Zeitschriften und Bücher im Serviceteil der Zeitschrift wird darüber hinaus deutlich, dass die „deutsche“ Schule der Geopolitik Teil einer globalen geopolitischen Debatte war.⁶⁾ Nach der Machtübertragung an Adolf Hitler 1933 erlebte die Zeitschrift eine Scheinblüte mit teilweise weiter steigender Auflage, bevor der zweite Weltkrieg und der Angriff Hitler–Deutschlands auf die Sowjetunion

6) Einen Eindruck über die intellektuelle Reichweite der Zeitschrift vermitteln auch einige Zahlen. So erschienen zwischen 1924 und 1944 1269 Aufsätze und Diskussionsbeiträge in der ZfGp, die von insgesamt 619 Personen verfasst wurden. Davon schrieben 42 Personen mehr als fünf Beiträge, die sich auf 322 Beiträgen, etwa ein Viertel aller Beiträge, addierten (Sprengel, 1996: 33–34). Karl Haushofer war mit 89 Aufsätzen der bei weitem aktivste Autor, wobei diese Zahl noch nicht seinen Anteil an der tagespolitischen Berichterstattung und der Rezension von Büchern und Zeitschriften mit geopolitischem Bezug einschließt (Ortner, 2009: 141–149).

im Juni 1941 – also die Entscheidung gegen eurasische Optionen und für einen rassistisch motivierten Vernichtungskrieg im Osten – unabhängiges geopolitisches Denkens in Deutschland weitgehend verunmöglichte.

Als die Zeitschrift 1924 nach dem Ende der Inflationszeit in Deutschland und am Beginn der kurzzeitigen Stabilisierung der Weimarer Republik gegründet wurde, standen drei Ziele im Vordergrund. Erstens sollte die Geopolitik durch Weiterentwicklung der Ideen des 1922 verstorbenen Rudolf Kjellén als Wissenschaft etabliert werden. Zweitens wurde die Geopolitik in Anlehnung an einen dem Schweizer Historiker Jacob Burckhardt zugeschriebenen Ausspruch als Beitrag zum „Inordnunghalten des Weltbilds“ der Gebildeten angesehen. Die Herausgeber erklärten in diesem Zusammenhang: „Die Geopolitik will und muß zum geographischen Gewissen des Staates werden“ (Haushofer et al., 1928: 27). Drittens sollte die Zeitschrift eine breite Debatte über geopolitische Fragestellungen ermöglichen und dabei parteipolitische Festlegungen vermeiden, d. h. die Zeitschrift war kein politisch festgelegtes Linienblatt, sondern pluralistisch. Obwohl national-konservative Positionen dominierten, fanden sich auch vereinzelt marxistische Autoren sowie relativ viele ausländische Stimmen. Trotz pluralistischer Blattlinie waren die Herausgeber selbstverständlich Revisionisten im Sinn einer gegen die Bestimmungen des Vertrages von Versailles gerichteten politischen Bewegung. Solche Revisionsforderungen – gegenüber den Entente-Mächten und den USA – wurden nach 1919 von fast allen politischen Kräften in Deutschland erhoben, wobei über den einzuschlagenden Weg zur Beseitigung des „Versailler Diktats“ zwischen ihnen Uneinigkeit bestand. Dies traf, wie nun zu zeigen ist, auch auf die Herausgeber der Zeitschrift zu.

Das Herausbergremium bestand zwischen 1924 und 1932 aus drei Professoren, nämlich Karl Haushofer, Erich Obst und Otto Maull, sowie dem Oberstudienrat Hermann Lautensach, der 1932 zum außerplanmäßigen Professor berufen wurde.⁷⁾

7) Maull war als akademischer Geograph vor allem Amerikaspezialist, während Lautensach 1933 eine längere Reise nach Asien antrat, die ihn unter anderem zu einem Koreaspezialisten machen sollte. Beide Autoren gaben ihre Rolle als Mitherausgeber der ZfGp Anfang 1932 auf und sind im Kontext der Eurasien-Debatten zwischen 1924 und 1932 nicht direkt relevant.

Für eine Analyse der Eurasien-Debatte der Zeitschrift zwischen 1924 und 1932 (eine Untersuchung der Zeitschrift unter dem NS-Regime wird in diesem Artikel nicht angestrebt) müssen vor allem zwei Herausgeber – Haushofer und Obst – kurz vorgestellt werden.

Zunächst war die bei weitem wichtigste Persönlichkeit in der Geschichte der Zeitschrift der 1920 zum außerplanmäßigen Professor an der Universität München ernannte pensionierte Generalmajor Karl Haushofer. Dieser hatte sein Interesse an Geopolitik vor allem aufgrund eines lebensbiographischen Zufalls entdeckt, nämlich der Gelegenheit, als deutscher Militärbeobachter zwischen Februar 1909 und Juni 1910 Japan zu besuchen. Diese Reise wurde zum Wendepunkt seines Lebens und führte zu seiner Spezialisierung auf die Politik Japans und Asiens. Die Schiffspassage durch den Suezkanal nach Japan mit Reiseunterbrechungen in Indien und Singapur erlaubte Haushofer persönliche Einblicke in das britische Empire. Zur Jahreswende 1908/1909 kam es dabei bei Kalkutta zu einer Begegnung mit Lord Horatio H. Kitchner, dem britischen Feldmarschall im Zweiten Burenkrieg (1900–1902), auf der dieser Haushofer zufolge erklärt habe, dass ein zukünftiger Krieg zwischen England und Deutschland zum gemeinsamen Abstieg dieser Mächte in Asien und zum Aufstieg Japans führen würde. Nach Ende seines Japanaufenthalts fuhr Haushofer mit der Transsibirischen Eisenbahn zurück nach Europa und erlebte so aus eigener Erfahrung die Weite des russischen Raums.

Die Japanerfahrung führte zu bleibenden Veränderungen in Haushofers Weltbild (Spang, 2013: 142–145). Das wichtigste Ergebnis war seine Entwicklung der Idee einer politischen Allianz zwischen Japan, Russland und Deutschland „als einzige sinnvolle Konstellation gegenüber dem angelsächsischen Bündnis“ (Jacobsen, 1979a: 93). Diese Idee vertrat er zum ersten Mal 1913 in seinem Japanbuch *Dai Nihon* (zugleich seine erste Buchveröffentlichung), in der er eine „Interessen-Gemeinschaft zwischen Japan, Rußland und den mitteleuropäischen Kaisermächten“ [gemeint waren Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie] postulierte (Haushofer, 1913: 262). Diese Option sah er als „einzige Macht-Gruppierung, die sich angelsächsischer

Bevormundung erwehren könnte“, da sie eine starke „wirtschaftliche Front nach Süden, mit Flotten in den Flanken“ verband, die von außen kaum zu bezwingen wären (ibid., vgl. auch 263, 275–276). Die Idee der „Interessen–Gemeinschaft“, die sich im Haushoferschen Diskurs später weiter zum „Kontinentalblock“ bzw. zum „Ost–Eurasiatischen Zukunftsblock“ verdichtete, vertrat er konsequent bis zum Ende seines Lebens, wobei er bald auch China in die von ihm geforderte Allianz miteinbezog. Sein gesamtes Denken beruhte in dieser Frage auf der Erwartung, dass Staatsführungen der beteiligten Länder geopolitische „Fakten“ stärker gewichten würden, als ideologische Gegensätze.⁸⁾

Haushofer nahm als Offizier des bayrischen Heeres am Ersten Weltkrieg teil. Die Niederlage des imperialen Deutschland und seiner Verbündeten und Inhalt und Auswirkungen des Versailler Vertrages von 1919 auf die deutsche Gesellschaft bestärkten Haushofer in seiner Überzeugung, dass die westlichen Seemächte, vor allem die USA und Großbritannien, grundsätzlich eine anti–deutsche Politik verfolgten, die darauf abzielte, Deutschland in Europa politisch und geographisch zu isolieren – besonders auch von Russland. Diese Politik bezeichnete er als „Anakondapolitik“ (benannt nach der südamerikanischen Wasserschlange, die sich bevorzugt in wassernahen Landstrichen aufhält und ihre Beute erwürgt).⁹⁾ Seine Idee des eurasischen Kontinentalblocks gegen die Seemächte des äußeren Rings wurde von Haushofer klar aus seiner Rezeption Mackinders abgeleitet und von ihm

8) Noch 1940 erklärte Haushofer: „Mehr raumweites und geopolitisches Denken und weniger Ideologie hätten auf der ganzen Achsenlänge Berlin–Moskau–Tokio schon so manche im Grunde völlig entbehrlichen Opfer und Reibungen sparen können, von 1901–1939“ (Haushofer, 1940, zitiert in Jacobsen, 1979a: 626). Der Angriff Hitler–Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 war das Gegenteil dessen, wofür Haushofer geopolitisch eingetreten war. Interessanterweise ging auch Stalin fälschlich davon aus, dass Hitler geopolitisch rational handle, als er gegenüber dem britischen Botschafter Stafford Cripps 1940 erklärte, dass er „sich im Klaren sei, dass Deutschland die Hegemonie in Euro–Asien anstrebe. Doch sei er auch davon überzeugt, dass eine solche Hegemonie physisch unmöglich sei, da es Deutschland an der dazu nötigen Seemacht mangle“ (Hillgruber, 1988, zitiert in Toole, 2008: 396).

9) Im Juni 2016 veranstaltete die Nato–Militärallianz in Polen das Großmanöver „Anakonda 16“. An der Übung nahmen neben Nato–Ländern auch „befreundete“ Staaten wie Georgien und die Ukraine teil.

als der einzige Weg gesehen, ein globales geopolitisches Gleichgewicht der Kräfte zu erreichen, bzw. wiederherzustellen und damit die Resultate des Versailler Vertrages zu überwinden.

Politisch war Haushofer national-konservativ und elitär eingestellt. Er lehnte sowohl den Kapitalismus als auch Liberalismus und Marxismus ab. Diese Ablehnung kleidete er in Begriffe wie „utopisches Weltbürgertum“ und „utilitaristischer Wirtschaftskampf“ (Haushofer, 1913: 76). Solchen strukturellen Zwängen wollte er Leistungseliten entgegensetzen, die aus seiner Sicht spontan in Antwort auf praktische Zwänge der Konkurrenz zwischen Staaten entstehen mussten. Seine politischen Anschauungen lassen sich vielleicht am besten als „geopolitisch-materialistisch“ bezeichnen. Einerseits behauptete er, dass soziale Probleme durch eine „gerechte“ Verteilung der Ressourcen der Erde und einen schöpferischen Kultur- und Wirtschaftsaufbau überwunden werden könnten. Andererseits stimmten seine Anschauungen generell mit der „realistischen Schule“ im Studium der internationalen Beziehungen überein, d. h. er ging davon aus, dass Staaten ihre Sicherheit nur durch Entwicklung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke garantieren könnten. Den internationalen Organisationen seiner Zeit – Haager Schiedsgerichtshof und später Genfer Völkerbund – wie auch der politischen Rhetorik des US-Präsidenten Woodrow Wilson stand er ablehnend gegenüber und verwendete zu ihrer Charakterisierung häufig das Wort „Cant“ (Heuchelei).

Mit Bezug auf die Weltkulturen neigte Haushofer zum Relativismus und war bereit, unterschiedliche kulturelle Werte gelten zu lassen. So nutzte er das Wort „Rasse“ nicht im Sinn einer biologisch oder kulturell verstandenen Hierarchie, sondern in neutral-beschreibender Absicht als alternative Bezeichnung für das Wort Volk. In seinen Schriften verwendete er häufig transkulturelle historische Vergleiche und äußerte z. B. die Ansicht, dass die seefahrende malayo-polynesische Kultur als „genialste Kolonisatorenrasse“ in ihrer Stellung mit den antiken Griechen und den Normannen verglichen werden könnte (Haushofer, 1924: 18). Er war kein Vertreter der Idee einer deutschen oder germanischen rassischen oder politischen Überlegenheit.

Die zur Beschwörung solcher Vorstellungen im deutschen Kaiserreich verwendete rassenideologische Rhetorik bezeichnete er als „Theatergesten“ (1924: 12). Falls er überhaupt eine besondere Vorliebe für ein bestimmtes Volk oder eine bestimmte Rasse hatte, so war dies möglicherweise seine Bewunderung der Fähigkeit der Han-Chinesen, sich im pazifischen Raum auszubreiten und dabei eine große Anpassungsfähigkeit an lokale Verhältnisse, d. h. die Fähigkeit zur „Raumüberwindung“ zu demonstrieren.

Insgesamt kann aus der Lektüre der in diesem Aufsatz rezipierten Haushofer-Schriften in Übereinstimmung mit einem früheren Autor bestätigt werden, dass Haushofer „kein Rassist war oder rassenideologisch beeinflusst worden wäre. Vielmehr scheint es, daß er auf rassenideologische Gedanken zurückgriff, wenn er einen politischen Standpunkt untermauern wollte und wenn die Geopolitik ihm hierzu keine Handhabe bot oder ihr gar widersprach. Bemerkenswert war, daß Haushofer Deutschland empfahl, sich an die Spitze der Dritten Welt, also der kolonialen und halbkolonialen Länder Asiens im Kampf um die Befreiung von der Herrschaft des äußeren Ringes zu stellen“ (Jacobsen, 1979a: 272).¹⁰⁾

In seinen Schriften neigte Haushofer generell dazu, kontroverse geopolitische Fragen seiner Zeit wie z. B. die japanische Kolonisierung Koreas durch Zitierung

10) Ein anderer Autor betont in Anlehnung an Michel Foucault aber ohne direkten Bezug zu Haushofers Schriften, dass Haushofers Diskurs strukturell von rassistisch-biologistischen Ideen beeinflusst war, d. h. seine geopolitischen Schriften enthalten eugenische und sozialdarwinistische Motive, wie sie im 19. und frühen 20. Jahrhundert in anglo-amerikanischen und europäischen Debatten häufig gebraucht wurden (Ortner, 2009: 101–109). Jedoch wird gerade auch bei einem explizit sprachanalytischen Ansatz deutlich, dass Haushofer jenseits eines kulturrassistisch aufgeladenen Denkens stand und stattdessen einen global vergleichenden geopolitischen Ansatz vertrat. Dies wird z. B. aus Haushofers Verwendung der Bezeichnung „alte Kulturrassen“ für Indien, Indochina, Indonesien, Persien, Äthiopien usw. deutlich. Man mag hier wiederum ein eigennützig-geopolitisches Motiv dafür unterstellen, dass die „Schuld an der Abwertung anderer Völker den Kolonialländern gegeben [wird]“ (ibid.: 103), zu denen Deutschland nach 1918 nicht mehr gehörte. Auch mag man die mangelnde Differenziertheit der Terminologie aus heutiger Sicht unterstreichen. Trotzdem sollte man anerkennen, dass Haushofers Blick auf die Kolonisierten mit den Denkfiguren des wilhelminisch-imperialen Deutschland gebrochen hatte (Murphy, 1997: 194–195).

gegenläufiger Stimmen und ein offen gehaltenes Urteil in mehrere Richtungen hin auflösbar zu halten. Aus dieser Haltung heraus waren inneren Widersprüche seiner Positionen – die „gerechte“ Verteilung der Resources der Erde war ja gerade in einer Welt der miteinander konkurrierenden Staaten nicht möglich – verständlich, waren sie doch aus Haushofers Sicht Ausdruck der miteinander ringenden Faktoren der Geopolitik.

Parteipolitisch war Haushofer nur einmal in seinem Leben in den frühen Jahren der Weimarer Republik als Mitglied der nationalkonservativen bzw. nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) aktiv. Diese verließ er jedoch aus Protest gegen den durch den damaligen deutschen Außenminister und DVP-Vorsitzenden Gustav Stresemann im Oktober 1925 unterzeichneten Vertrag von Locarno zwischen Deutschland und den beiden Entente-Mächten Frankreich und Großbritannien. Aus Sicht von Haushofer stellte die Unterzeichnung des Abkommens, mit dem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wurde, eine „Unterwerfung Deutschlands“ und die „posthume Anerkennung des Versailler Vertrages“ dar (Haushofer, zitiert in Jacobsen, 1979b: 62). In diesem Zusammenhang erklärte er, er verfüge über „im Urtext vorliegende Äußerungen asiatischer Persönlichkeiten voll Bedauern darüber, daß sich Deutschland in die Front der vergewaltigenden Kolonialmächte stellt“ (ibid.). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Haushofers „Antiimperialismus“ direkt mit seiner Idee des eurasischen Kontinentalblocks verbunden war.

Dagegen trat Erich Obst, der zweite Herausgeber der ZfGp, der an der Eurasien-Debatte lebhaften Anteil nahm, gegen Haushofer auf. Obst war in erster Linie Europa und Afrikaspezialist und hatte vor dem Ersten Weltkrieg am deutschen Kolonialinstitut in Hamburg gearbeitet und zwischen 1910 und 1912 eine Deutsch-Ostafrika-Expedition der Hamburger Geographischen Gesellschaft geleitet. 1915 war er Professor an einer Universität in Konstantinopel und erster Direktor der „Kaiserlichen Osmanischen Zentralanstalt für Witterungskunde“. Nach dem Krieg schloss er sich der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an und unternahm 1924 eine ausgedehnte Reise im europäischen Teil von Russland, die ihn vom hohen Norden

über die drei historischen Hauptstädte St. Petersburg, Moskau und Kiew bis an das kaspische Meer, nach Georgien und in den Kaukasus führte. Bei Obst führte seine im Jahr nach der Gründung der Sowjetunion stattfindende Reise zu einem kritischen Blick auf Russland, welches er mit dem britischen Empire verglich.

Der Gegensatz zwischen Obst und Haushofer in der Eurasien-Frage und bei der Frage einer deutschen Gesamtstrategie trat in der ZfGp vor allem an zwei Punkten zutage. Einerseits war Obst der Ansicht, Russland bzw. die Sowjetunion sei politisch-ideologisch nicht als Bündnispartner Deutschlands geeignet (1924a, 1925). Andererseits verlangte er von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs die Rückgabe der deutschen Kolonien (1926). Während Obst in der ersten Frage durchaus die Mehrheitsmeinung in Deutschland vertrat, war die Forderung nach Wiedereinsetzung Deutschlands als Kolonialmacht aus Haushofers Sicht äußerst unklug. Erstens war solcherart Bettelei bei den Siegermächten politisch aussichtslos. Zweitens wurde durch Kolonialpläne jeglicher Art Haushofers Versuch einer gemeinsamen Frontbildung Deutschlands mit den von den Entente-Mächten kolonisierten Völkern unterlaufen. Drittens war, wie sich aus den Schriften von Haushofer generell entnehmen lässt, die koloniale Geschichte Deutschlands insgesamt ein geopolitischer Fehler gewesen. So war Deutschland vor allem in der Südsee aber auch bezogen auf „Kolonialfetzen“ in Afrika „raumfremd“ geblieben (Haushofers Terminologie). Ein deutsches koloniales Projekt stand aus seiner Sicht im Gegensatz zur Tradition der Bismarckschen Außenpolitik und eine Wiederbelebung der „Schaukelpolitik zwischen ozeanischer und kontinentaler Politik“ sei darum töricht und bedeute die „Einreihung in die Unterdrückerfront gegenüber den farbigen Rassen“ (Haushofer, 1925; Haushofer, 1927, zitiert in Jacobsen, 1979b: 81).

Der folgende Abschnitt IV diskutiert nun die Eurasien-Debatte in der ZfGp zwischen 1924 und 1932.

IV. Die Eurasien-Debatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924-1932)

Die Eurasien-Debatte in der ZfGp lässt sich zeitlich in drei Hauptphasen einteilen. In der ersten Phase wird vor allem die Geschichte und Bedeutung Russlands und der entstehenden Sowjetunion für die deutsche Geopolitik zwischen Obst, Haushofer und anderen Autoren diskutiert.

In der zweiten Phase gewinnt diese Debatte durch das Aufeinandertreffen chinesischer, japanischer und sowjetischer Interessen in der Mandschurei und in anderen asiatischen Grenzregionen auch tagespolitische Bedeutung, betrafen die entstehenden Konflikte doch alle drei der von Haushofer als mögliche deutsche Allianzpartner erhofften Mächte. In dieser Konfliktphase (d. h. dem chinesisch-japanischen Streit um die Kontrolle des mandchurischen Pufferstaats seit 1928 und die dem sogenannten „Mukden-Zwischenfall“ von 1931 folgende japanische Expansion in der Mandschurei und Ostchina) entwickelte sich in der ZfGp darum eine starke Fokussierung auf die Mandschurei. Diese Region schien nun der neue Dreh- und Angelpunkt der Geschichte zu sein.¹¹⁾

In der dritten Phase traten dann nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929 im Rahmen der ZfGp drei Themen gleichzeitig in den Vordergrund, nämlich neuentfachtetes Interesse an der Sowjetunion im Zeichen des ersten Fünfjahrplans (1928–1932), eine Diskussion der Entwicklungsmöglichkeiten autarker Wirtschaftsräumen (der Begriff „Autarkie“ wurde in der Weltwirtschaftskrise zu einem deutschen Modewort, wie zuvor das Wort Geopolitik während des Ersten Weltkriegs) und die Fortführung der Diskussion der mandchurischen Frage.

11) Für ein besseres geographisches Verständnis der Mandschurei-Diskussion in der ZfGp sind vor allem die Karten „Manschuria and Environs in the 1930's“ und „Contested Area, Northwest Manschuria“ (Coox, 1990: Innenseite des Schutzumschlags und S. 144) zu empfehlen.

Diese Sektion rekonstruiert nun die drei Phasen der Eurasien-Diskussion zwischen 1924 und 1932. Sie stützt sich dabei auf die geopolitischen Aufsätze und die anderen als Artikel veröffentlichten Beiträge der ZfGp, während der Serviceteil der Zeitschrift (die Presse- und Buchrezensionen der drei herausgebenden Professoren) aus Platzgründen hier ausgespart werden.

Das starke Interesse an Russland bzw. der Sowjetunion im Rahmen der ZfGp wurde bereits daran deutlich, dass der zweite Artikel der ersten Ausgabe (der erste versuchte eine Definition des Begriffes Geopolitik) sich sofort der russischen Frage zuwandte. Die russische Geschichte wurde dabei als vom übrigen Europa stark abweichend beschrieben. Als Gründe dafür werden die Mongolenherrschaft – sie wird ausschließlich negativ interpretiert – wie auch die spätere byzantinisch-christliche Missionierung genannt. Die Folgen seien „keine Renaissance, keine Reformation, statt dessen im wesentlichen grob veräußerlichter Ritus, erstarrte Überlieferung (...) und eine der weltlichen Macht stets gefügte Kirche“. Daraus folge „eine geopolitische Tragik Rußlands, daß es sich mit der Annahme der byzantinischen Glaubenslehre in einen Gegensatz zu Mittel- und Westeuropa setzte und seinem Kulturschicksal den Weg der Isoliertheit wies“ (Obst, 1924a: 8).

Aus dieser Analyse ergab sich allerdings die Frage, wie Russland überhaupt zu einer Großmacht werden können. Obst führte zunächst die „Umklammerung“ des Moskauer Gebietes durch das „Willkürregiment“ der Mongolen ins Feld. Allerdings hätte deren Niedergang den Moskauer Herrschern dann die „Sprengung der rings so stark spürbaren Fesseln“ erlaubt. Die sich anschließende Expansion wird – im Gegensatz zu Mackinder – interessanterweise mit Betonung auf die wichtige Rolle der Flüsse erklärt: [W]elche Region des weiten osteuropäischen Flachlandes wäre für diese Aufgabe besser geeignet gewesen, als die Moskauer Landschaft, von wo aus nahezu sämtliche Flußbahnen des Riesenlandes gleich leicht zu erreichen waren: Wolga, Don und Dnjepr, Düna, Lowat-Wolchow und nördliche Dwina“ (ibid.: 13).

Allerdings sei die neue Großmacht „letzten Endes tatarischen Ursprungs. Alles,

was wir gemeinhin in dem Worte ‚Zarismus‘ zusammenfassen, erweist sich im Grunde als geopolitische Erscheinung. Und der Bolschewismus war anfangs in seinen Methoden oftmals nichts anderes als die Erfüllung tatarisch–zaristischer Traditionen“ (ibid.: 10). Zusammenfassend ergab sich für Obst ein Konflikt zwischen einer westlich orientierten Oberschicht und der „Erdgebundenheit“, die für ihn in Richtung auf die tatarischen Ursprünge wies. Die Zusammenballung der Bevölkerung in einem Teilgebiet des europäischen Russland verursache außerdem „eine soziale Entwicklung von höchst paradoxer Prägung; ein Riesenland mit riesiger Landnot des gesamten Kleinbauerntums“ (ibid.: 19).

Diese pessimistische Bewertung Russlands fand schnell Zustimmung in der ZfGp. So verwies ein anderer Beitrag darauf, dass kein anderer Staat eine größere Zusammenballung seiner Bevölkerung auf zusammenhängender Fläche aufweise. Diese „zwischen Eis– und Wüstenräumen und Sackgassenmeeren eingeschlossene Landmasse“ könne auch durch die fast menschenleeren Gebiete des asiatischen Russland nicht entsetzt werden, denn „[a]n seinen Entfernungen geht das Russische Reich zugrunde“ (Pohle, 1924: 279). Der russische Zugang zum Meer im fernen Osten sei nicht ausreichend und die „Dardanellenfrage“ (d. h. die türkische Meerenge) bleibe darum „Rußlands brennendste Lebensfrage“, während zugleich Konflikte mit England in der Ostsee über Seerechte denkbar seien (ibid.: 286–287).

Im Zusammenhang mit seiner Russlandreise und unter dem Eindruck des gerade von der Sowjetregierung niedergeworfenen nationalistischen Aufstands in Georgien unterstrich Obst dann erneut seine Sympathien für eine national fühlende Intelligenz. Sie bewege sich von „mystisch–religiösem Kollektivismus zu national–intellektualistischem Individualismus“ und „von der absoluten Monokratie zum liberalen Verfassungsstaat“ (Obst, 1924b: 749). Dagegen sei das Rezept der Sowjets „sozialpolitischer Imperialismus“ durch „schlechte Geopolitiker“ (ibid.). Sie ignorierten, dass „die regionale Differenzierung auf der Erde viel zu stark ist, um mit einem und demselben Mittel überall dieselbe oder auch nur eine ähnliche Wirkung zu erzielen“ (Obst, 1925: 4–5). Gleichzeitig warnte er, dass „früher oder später

mit einem neuen Weltkrieg zu rechnen“ sei. Dieser „Zukunftskrieg wird auf beiden Seiten emsig vorbereitet“, wobei er die deutsche Position als die zwischen „Angelsachsentum (...) mit den übrigen europäischen Staaten gegen Rußland und ganz Asien oder im Verein mit der panasiatischen Union gegen Europa–Amerika“ einschätzte. Daraus folge für Deutschland: „Wir müssen also Farbe bekenne und rechtzeitig uns entscheiden“ (ibid.: 7, 9).

An diesem Punkt griff dann Haushofer mit seiner Gegenposition in die Debatte ein. Er führte sowohl langfristige als auch kurzfristige Gründe für die Schaffung einer eurasisch orientierten Koalition gegen die Anglo–Amerikaner an. Zunächst betonte er die lange Geschichte friedlicher Koexistenz zwischen China und dem maritimen Japan, die „im Verlauf von 2600 Jahren des Aneinanderliegens kaum mehr als zehn im Kriegszustand verbracht“ hätten und lobte gleichzeitig die „ausgezeichnet über den Fernen Osten orientierten Sowjets“ (1925: 82). Aus seiner Sicht war eine geopolitische Verständigung zwischen China, Japan und Russland über die „mandschurische Frage“ der Schlüssel zur Bildung eines „Druck–Abwehr–Verbandes“ gegen die USA und Großbritannien. Aus deutscher Sicht müsse sichergestellt werden, dass „bei der ganzen Rassenhetze die nächstbeteiligten weißen Raubmächte am Pazifik allein gelassen werden und daß sich nicht auch noch die ahnungslose öffentliche Meinung bei uns (...) vor den Wagen des amerikanischen Wirtschafts– und Flotten–Imperialismus spannen lasse“ (Haushofer, 1925: 83–84).

Zwar gäbe es nun drei ozeanisch orientierte Weltmächte, jedoch sei Japan im Gegensatz zu den USA und Großbritannien die relativ flottenschwächste und am wenigsten planetarische. Der pazifische Inselstaat müsse darum Anschluss an die kontinentalen Mächte finden, um sich gegen die beiden anderen Seemächte als „Hauptträger der Rassenvorurteile und des Kolonialstadiums in der Welt“ zu behaupten“ (ibid.: 86). Haushofer beendete seinen Appell zur Bildung eines „Ost–Eurasiatischen Zukunftsblocks“ mit einem direkten Hinweis auf Mackinders Idee vom „Dreh– und Angelpunkt der Geschichte“ und warnte gleichzeitig, seine Vision sei nicht in kurzen Zeiträumen zu erreichen. Sie bedürfe der geduldigen

Vorbereitung der öffentlichen Meinung und einer großen Raumauffassung. Es handele sich dabei aber um „die Anspannung der Kräfte rechtfertigende Ziele“ (ibid.: 87).

Der Meinungskonflikt zwischen Obst und Haushofer ging sofort in eine zweite Runde, welche die Frage betraf, ob Deutschland Kolonien anstrebe. Wie bereits im letzten Abschnitt III erwähnt verlangte Obst in einem Artikel die Rückgabe der deutschen Kolonien von den Siegermächten. In fast schon naiv anmutender Ehrlichkeit erklärte er in diesem Zusammenhang: „Leider ist das deutsche Volk infolge seiner unglückseligen inneren Zerrissenheit bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen“ (Obst, 1926: 154). Deutschland müsse aber ohne Rückgabe seiner Kolonien aus der Zeit vor 1914 zugrunde gehen, weil es über keine anderen Möglichkeiten zur Erweiterung seiner wirtschaftlichen Basis verfüge und zugleich die Reparationslasten des Versailler Vertrages es erdrückten.

Dieser These widersprach Haushofer in derselben Ausgabe der ZfGp. Aus seiner Sicht waren Kolonien keine vitale Frage für Deutschland und ihrer Verteidigung im Kriegsfall sei sowieso aus Mangel an Seemacht nie möglich gewesen. Es habe sich um „koloniales Herrentum“ im „wesensfremden Raum“ gehandelt und nun gebe es keinen Weg zurück mehr, „es sei denn um den Preis des Falls der beiden westlichen Raubmächte unter der Wucht der Selbstbestimmung der Völker und einer gerechten Verteilung der Welt. Die Wendung allein ist nur gegen die kolonialen Raubmächte, nicht mit ihnen erreichbar“ (Haushofer, 1926: 205–206). Der Schlagabtausch zwischen den beiden war damit zunächst beendet, warf aber ein bezeichnendes Licht auf den Konflikt zwischen „Westlern“ und „Eurasiern“ in der deutschen Geopolitik.

Die Diskussion der Rolle Russlands als eurasischer Kontinentalmacht wurde von anderen Autoren fortgesetzt. Dabei wurden unterentwickelte Transportwege als Zeichen „geographischer Armut“ ins Feld geführt. Auch der Ressourcenreichtum werde dem Land nicht helfen, denn „Russland wird ohne fremde Hilfe überhaupt nicht aufkommen können“ (Block, 1925: 15). Gleichzeitig wurde betont, Russland sei in Asien nicht der natürliche Partner Japans, da das Inselreich amerikanischer Beeinflussung vor allem im wirtschaftlichen Bereich viel geneigter sei. Stattdessen

stehe Russland eher auf Seiten Chinas, denn die Ideen von Sun Yatsen und Lenin seien Teil des gemeinsamen Abwehrkampfes gegen die anglo-amerikanische wie auch die japanische Durchdringung Chinas (Ueberschaar, 1926: 32).

Eine Fallstudie der drei asiatischen Großmächte Russland, China und Japan im Mandschureikonflikt führte dann in der ZfGp zu einem Perspektivwechsel weg von der geopolitischen Spekulation hin zu einer Diskussion praktischer Fragen. Der Ausgangspunkt dieser zweiten Diskussionsphase in der ZfGp war einmal mehr Kritik an Haushofers Kontinentalblock-Position. Nach Ansicht der Kritiker stellte die Mandschurei ein Beispiel für das Kräftegleichgewicht und die gegenseitige Blockade der drei Mächte dar. Die Kriege in der Region, sowohl der chinesisch-japanische Krieg von 1894–1895 wie auch der russisch-japanische von 1904–1905 hätten in der Mandschurei zu unklaren Machtverhältnissen geführt. Russland und Japan hätten beide durch den Bau von Eisenbahnlinien Einfluss gewonnen, gleichzeitig war aber die von den Japanern versuchte Kolonisierung der Mandschurei gescheitert. Stattdessen hatte sich die aus China in die Mandschurei einwandernde Bevölkerung von 3 auf 20 Millionen erhöht. „Die Annäherung Chinas und Russlands und die Lierung der beiderseitigen Interessen mußte aus geopolitischen Gründen Japan verhängnisvoll werden.... Ohne Zweifel verlöre Japan mit der Mandschurei nicht nur eine beliebige Provinz, sondern die Basis seiner Großmachtstellung überhaupt“ (Hagemann, 1926: 538–539). Die Interessenkonflikte in der Mandschurei seien zu kompliziert, um friedlich beigelegt zu werden. Der Autor behauptete schließlich, dass die Mandschurei „das klassische Schlachtfeld des Ostens“ sei (ibid.: 542).

Ein anderer Autor teilte dagegen die Position von Haushofer. Er sah eine Einkreisung der japanischen Position im Pazifik durch die anglo-amerikanische Flotten- und Stützpunktpolitik in Singapur und Pearl Harbour. Diese habe aber in den zwischen Australien und Singapur liegenden niederländischen Kolonialbesitzungen ihren schwachen Punkt und Japan werde darum zukünftig in diese Richtung vordringen (Zeck, 1926: 848). Auch ein japanischer Autor stellte sich in der Diskussion zumindest teilweise auf die Seite von Haushofer. Einerseits bewertete er das Potential einer

russisch-japanischen Wirtschaftszusammenarbeit (1925 war ein bilaterales Abkommen unterzeichnet worden) als gering, denn die Bevölkerungszahl des asiatischen Russland sei zu niedrig, um als japanischer Absatzmarkt zu dienen. Darum habe das Abkommen vor allem eine praktische Bedeutung für die „Sicherung der freien Wirksamkeit beider in Ostasien“ (Hiroe, 1926: 888). Der Artikel behauptete, die anglo-amerikanische Welt sei voller Gerüchte über ein chinesisches-deutsch-japanisch-russisches Bündnis. Angesichts der Intervention der Westmächte in China seien die Deutschen heute Jungchina willkommen, da sie „mit dem Imperialismus Schluß gemacht haben“ (ibid.: 889).

Ähnlich argumentierte ein russischer Autor, der die geopolitische Strategie der gerade erst entstandenen Sowjetunion als „Verlegung des Zentrums der russischen auswärtigen Politik vom Westen nach Osten, vom Schwarzmeerbecken nach dem Becken des Pazifischen Ozeans“ verstand (Semenoff, 1925: 557). Er sah dabei „Keime eines asiatischen Kontinentalblocks (...), der in erster Linie gegen England gerichtet ist und der auf dem asiatischen Weltteil die Idee einer kontinentalen Blockade zu verwirklichen droht, aber nicht durch eine Knechtung, wie Napoleon es tat, sondern durch eine nationale Befreiung unzähliger Völker Eurasiens“ (ibid.).

Diese Beschwörung eurasischer Einheit gegen die anglo-amerikanischen Seemächte verlangte jedoch, die internen Konflikte Asiens, besonders der japanischen Kolonialpolitik in Korea und in der Mandschurei herunterzuspielen. Trotzdem war die ZfGp hier in keiner Weise einseitig orientiert. So wies ein Artikel auf die japanische Kolonisierung Koreas, besonders in Bezug auf Landbesitztitel und das Erziehungswesen hin: „Die Versuche, unter neuem Namen alte Methoden fortzusetzen, indem den Kolonien Autonomie gegeben wird, oder sie als Protektorate bezeichnet werden, sind fruchtlos“ (Bülow, 1927: 381).

Schließlich wurde auch die Sicht britischer liberaler Imperialisten in der ZfGp dargestellt. Nach Aussage eines Akteurs sollte (West-) Europa sich über die wahre Natur des sowjetisierten Russland nicht täuschen lassen: „Wie alle Slawen ist auch der Russe in seinem innersten Wesen Asiate. Asien beginnt an der Ostseite des

Adriatischen Meeres und die Mentalität und Moralauffassung der Asiaten ist von derjenigen des Westeuropäers grundverschieden... Die russische Revolution war (...) ein Aufbäumen eines in seinem innersten Wesen asiatischen Volkes gegen westliche Zivilisation, gegen westliche Moralauffassung und westliche Geistesrichtung“ (Bower, 1927: 476). In dieser Betrachtung war der geopolitische Wunsch erkennbar, die Grenze Europas möglichst weit nach Westen zu verschieben (der Balkan wurde hier schließlich Asien zugeschlagen!), um auf diese Weise die Bedeutung der britischen Seemacht für die Kontrolle des europäischen Machtgleichgewichts zu erhöhen.

Von solch grundsätzlichen Fragen getrieben kehrte die ZfGp-Debatte immer wieder zur „mandschurischen Frage“ zurück. Viele Artikel beleuchteten nun das Aufeinandertreffen der drei asiatischen Großmächte und die Geschichte der Grenzziehung zwischen ihren Einflusszonen. Solche Fragen waren weder damals noch heute Teil des Allgemeinwissens der deutschen Öffentlichkeit und müssen darum für die Leser der zwanziger Jahre eine geistige Herausforderung dargestellt haben. In der Diskussion wurde darüber spekuliert, wie sich Bevölkerungszahl und Raumverteilung zueinander verhalten würden, trafen sich doch an der mandschurischen Grenze die fast menschenleeren Gebiete des asiatischen Russland mit dem chinesischen, koreanischen und japanischen Bevölkerungsdruck, der sich in steigender Einwanderung in der Mandschurei manifestierte. Ein Autor fragte in diesem Zusammenhang, ob die russische Position in Wladiwostok als „Flankenumgehung der Hochasiatischen Ebene“ haltbar sei, denn „[o]stwärts des Baikalsees zählen die Russen nicht viel mehr als 1/4 Million, und dies auf einem Areal, das ein volles Drittel des russischen Weltteils ausmacht“ (Behrens, 1929: 152, 156). Auch Mackinder hatte bereits 1904 im Schlusssatz seines Aufsatzes darüber spekuliert, ob Russland durch chinesische Einwanderung seine ostasiatischen Gebiete wieder verlieren würde.

In der ZfGp wurde in diesem Zusammenhang allerdings betont, dass zumindest die Einwanderungspolitik Japans in der Mandschurei gescheitert sei, denn Chinesen (und in zweiter Linie Koreaner) hätten sich dort trotz des japanischen politischen Einflusses demographisch durchgesetzt. Daraus folge zunächst andauernde

Unsicherheit über die politische Zukunft des mandschurischen Dreh- und Angelpunkts. Ob die drei Mächte „einen ostasiatischen Dreibund bilden oder sich gegenseitig bekriegen werden, kann heute niemand voraussagen“ (Kleinwaechter, 1928: 944). Der gleiche Autor ging aber im Gegensatz zu Haushofer davon aus, dass die europäischen Mächte in Ostasien ihren Einfluss dauerhaft verloren hätten. Darum sei nur „ein einiges Europa der im Osten drohenden Gefahr gewachsen“ (ibid.: 945). Einmal mehr zeigte sich hier die Haushofer-Obst-Kontroverse in Bezug auf die Frage, ob Deutschland sich nach Westen oder nach Osten – und damit nach Russland, dem seine europäischen Züge auch von einigen Autoren der ZfGp immer wieder abgesprochen wurden – wenden sollte.

Der analytische Fokus auf die Mandschurei führte dazu, dass ZfGp-Autoren den Aufstieg der USA zur Seeführungsmacht nach dem Ersten Weltkrieg ebenfalls auf Asien bezogen. Die USA wurden als „die aggressivste Macht im heutigen System der Großen Mächte“ dargestellt, denn „verschleierter Imperialismus in Form von Wirtschaftsexpansion und Kulturunterminierung ist diabolisches Gift für die Entwicklung des fernen Ostens“ (Thiel, 1928: 949). Nach Ansicht des Autors vollzog sich eine „Wendung des amerikanischen Gesichts nach dem Osten, der Stationierung von zwei Drittel seiner Flotte im Stillen Ozean, durch Ausbau Pearl-Harbours zum „Gibraltar des Ostens““ (ibid.). Aus ZfGp-Sicht deutete diese Umgruppierung amerikanischer Macht auf den Interessengegensatz zwischen den Seemächten USA und Großbritannien einerseits und Japan andererseits hin.

Haushofer war in diesem Zusammenhang stets bemüht, sein Konzept des Kontinentalblocks so umfassend wie möglich zu fassen. So grenzte er sich von der „politische Sekte der Eurasier“ ab, denn diese setzte Russland als Staat in vielen Fällen mit Eurasien gleich. Aus seiner Sicht „müßte [man] eigentlich zwischen einer großeurasiatischen und kleineurasiatischen (Eurasier-) Einstellung unterscheiden. Die erste wäre die, bei der Europa nur als eine der wichtigsten Großgliederungen, Halbinseln der Wiege der Völker angesehen wird, neben Arabien, Indien, Ostasien“ (Haushofer, 1931a: 17, 19). Selbstverständlich favorisierte er alle weiträumigen

Kontinentalblockvorstellungen und war bereit, den relativen Bedeutungsverlust Europas in diesem Rahmen als notwendig zu akzeptieren.

In der dritten Phase der ZfGp-Diskussion seit 1930 wurde unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der zeitgleich in der Sowjetunion begonnenen Industrialisierung die Frage der Möglichkeit regionaler wirtschaftlichen Autarkie als neues Thema diskutiert. Die Frage des Entwicklungspotentials der Sowjetunion als eines von der kapitalistischen Weltwirtschaft relativ unabhängigen Wirtschaftsraums gewann so erneut Aufmerksamkeit. Einerseits gingen die sowjetischen Industrialisierungspläne davon aus, dass es „möglich ist, die technologischen Erfahrungen der höchstentwickelten Industrieländer nutzbar zu machen, um eben die Entwicklung – um mit Stalin zu sprechen – um fünfzig bis hundert Jahren zu überspringen“. Allerdings wurde in diesem Rahmen – wie schon bei der Diskussion der Industrialisierungsbemühungen Japans – eine gewisse „Amerikabegeisterung“ ausgemacht, die Russland dem „führenden Land der Technik“ entgegenzubringen schien (Just, 1931: 448). Das dies durchaus problematische Fragen für eine eurasischen Kooperation aufwarf, wurde allerdings ignoriert.

Insgesamt zeichnete die ZfGp ein realistisches Bild der sowjetischen Industrialisierung. Die extreme Ausbeutung der Landwirtschaft zum Zweck der Beschaffung von Ressourcen wie auch die weiterbestehende technische Unterentwicklung in Bezug auf Transportverbindungen und Infrastruktur wurde wirklichkeitsnah dargestellt. Andererseits wurde erklärt, dass das Potential der Sowjetunion – wie bereits von Mackinder in seiner Betrachtung des imperialen Russland betont – im Prinzip unerschöpflich sei. Seine großen Naturschätze und die „fast unglaublich erscheinende Duldereigenschaft der Bevölkerung“ waren in dieser Form nirgendwo sonst auf der Welt zu finden (Saller, 1931: 468).

Neben wirtschaftlichen wurden auch kulturelle Entwicklungen in der Sowjetunion, besonders die Alphabetisierungskampagne und die Einführung der Schriftsprachen bzw. des lateinischen Alphabets im Falle der turk-tatarischen Völker herausgestellt. Die dabei sichtbaren Widersprüche zwischen der „geistigen Wahlverwandtschaft aller

Nationen Eurasiens“ und dem „Kampf gegen den lokalen Nationalismus (...) auch in der Kommunistischen Partei selber“ wurden nicht verschwiegen (Semjonow, 1931: 487–488).

Aus Haushofers Sicht gab es keinen Grund, an den Entwicklungsperspektiven der „Steppemacht“ Russland mit ihrer „ungeheuren Raumbewältigungsleistung“ zu zweifeln. Die Kulturpolitik der Sowjets bezüglich nationaler Minderheiten („Lockstaaten“) war aus seiner Sicht Teil der Geopolitik, um Druck auf die Kolonialmächte auszuüben (1931b: 475). Aus deutscher Sicht ergebe sich kein Interessengegensatz mit Russland bzw. der Sowjetunion, denn die „europäische Rückseite der Sowjetbünde“ sei defensiv ausgerichtet, während sie „dem asiatischen Kraftfeld der größtmöglichen Wirkung zustreben“ (ibid.: 479).

In Asien sah Haushofer die Konflikte zwischen Russland, China und Japan als gegenseitige Blockade, in der keine der Mächte einen entscheidenden Vorteil genoss. Dabei stand er dem japanischen Vordringen in der Mandschurei kritisch gegenüber und sah Japans Versuch der „fortwährenden Aufsplitterung des chinesischen Massendrucks“ als vergleichbar mit „Mitteln, wie Frankreich sie westlich des Rheines anwandte“ (1932: 130). Dieser nicht schmeichelhaft gemeinte Vergleich Japans mit der französischen Rheinland- und Ruhrbesetzung – der von französischer Seite unterstützte rheinische Separatismus als Mittel zur Schwächung des Deutschen Reichs scheiterte bekanntlich – zeigte Haushofer als Kritiker der japanischen Strategie. Die chinesischen Kommunisten galten ihm zu diesem Zeitpunkt als die „einzigen organisierten Kräfte“, die der „japanischen Vergewaltigung Widerstand leisten könnten“. Allerdings waren auch die chinesischen Kommunisten aus seiner Sicht nur Ausdruck der latenten Macht Russlands: „Man weiß in Moskau besser als anderswo, wieviel gewinnt, wer sich zuletzt in der großasiatischen Dynamik in die Karten sehen läßt und in das Kraftfeld hineinwirft“ (ibid.: 132–134).

Zumindest diese Aussage Haushofers erwies sich als historisch zutreffend, wenn man die erfolgreichen militärischen Kampagnen der Sowjetunion gegen Japan zwischen Mai und September 1939 an der mongolisch-mandschurischen Grenze und

zwischen August und September 1945 in der Mandschurei, der östlichen Inneren Mongolei, Korea, Süd-Sachalin und den Kurilen betrachtet. Das geopolitische Vermächtnis von Haushofer ist, dass er zu keinem Zeitpunkt seines Lebens Russland unterschätzt hat.

V. Fazit: Geopolitik im frühen 21. Jahrhundert als neue Eurasien-Debatte?

Inwieweit sind die hier dargestellten deutschen geopolitischen Debatten über Eurasien zur Zeit der Weimarer Republik heute noch analytisch nützlich? Haben deutscher Faschismus, Zweiter Weltkrieg, das darauf folgende bipolare System des Kalten Kriegs und die ihn beendende Selbstaflösung der Sowjetunion nicht dauerhaft die Regeln der Geopolitik verändert? Und ist Geopolitik überhaupt eine Wissenschaft?

Schon Haushofer und seine Mitautoren konnten keine zufriedenstellende Definition der Geopolitik entwickeln. Man hört Haushofers Stimme aus der folgenden Bemerkung: „Gewiß ist nur ein Teil, nüchtern gerechnet etwa 25 Prozent, was aus bodenbestimmten, erdgegebenen Zügen im Laufe der geschichtlichen Bewegung als geopolitische Wahrheit, vielleicht als Gesetz aus dem Gewebe menschlicher Willkür und Torheit herausgehoben werden kann. Aber ist dieses Viertel wissenschaftlicher Klarheit im Gewebe der Politik nicht die darauf verwendete Arbeit wert?“ (Haushofer et al., 1928: 47–48).

Diese Frage kann man sicher positiv beantworten. Selbst wenn geopolitische Analyse die Politik zwischen Staaten nicht abschließend erklärt (und Staaten häufig auch nicht als klar voneinander abgrenzbare Akteure erscheinen), so zeigt sie doch Elemente der Kontinuität, die Aufmerksamkeit verdienen. Aus deutscher Sicht stellte sich die Welt der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts als eine Zeit der Multipolarität

dar. Obwohl sich der Aufstieg der USA zur globalen Führungsmacht schon durch den Eingriff dieser Macht in das europäische Gleichgewicht während und nach dem Ersten Weltkrieg angedeutet hatte, war die Welt auch nach 1918 von Allianzen zwischen Staaten geprägt. Damals wie heute hatte Deutschland als „Land der Mitte“ in Europa im Wesentlichen drei Handlungsoptionen, nämlich eine Orientierung auf die westlichen maritimen Führungsmächte USA und Großbritannien, eine Mitteleuropaorientierung im Sinn eines europäischen Kontinentalblocks oder eine eurasische Orientierung, die in Russland ihren natürlichen Partner hat. Diese Optionen standen – und stehen – teilweise gegeneinander, können teilweise aber auch miteinander kombiniert werden. Sie existieren auch im 21. Jahrhundert.

Aus heutiger Sicht erscheint Haushofers Absicht einer eurasischen Blockbildung zwischen Deutschland, der Sowjetunion und dem imperialen Japan unter Einschluss Chinas natürlich absurd. Sicher hat Haushofer die Rolle geopolitischer Rationalität über- und die der Ideologie und auch des Rassismus unterschätzt. Seine Überlegungen wurden aber teilweise auch bestätigt. So konnte sich die Seemacht USA im Zweiten Weltkrieg auf Kosten der Landmächte Eurasiens und Japans zur globalen Führungsmacht aufschwingen. Zwar wurde die Welt auch zwischen 1945 und 1991 durch die Landmacht Sowjetunion in einem gewissen Gleichgewicht gehalten. Aber dieses Gleichgewicht war asymmetrisch. Nur die USA errichteten ein global ausgerichtetes System von Stützpunkten, während die Sowjetunion ein regionales System – in Osteuropa – mit einigen wenigen Außenposten in anderen Teilen der Erde (z. B. in Kuba und Syrien) aufbaute. In der Folgezeit ergab sich eine Art regulierter Zweikampf, der aber zu keinem Zeitpunkt die Perspektive eines Fernhaltens der Seemächte aus Eurasien bot. Ein einzelner geographischer Dreh- und Angelpunkt der Geschichte existierte nicht, wohl aber eine Zone chronischer Konflikte zwischen den beiden Machtblöcken, die von der Arabischen Halbinsel bis nach Korea reichte (Spykman, 1944: 52). Auch nach dem Ende des Kalten Kriegs besteht dieser geopolitische Krisengürtel in transformierter Form fort; teilweise haben sich die Konflikte sogar verschärft (Dostal, 2016).

In unserer Gegenwart stellt sich erneut die Frage, ob das internationale System sich in Richtung auf die Multipolarität entwickelt. Die Alternative dazu wäre die von vielen Akteuren in den USA gewünschte amerikanische Unipolarität mit globalem Interventionsanspruch. Aus eurasischer Sicht erscheint dagegen eine engere Verbindung zwischen Russland und China denkbar. Auch existieren heute vielleicht 10 bis 12 andere Staaten, so auch Deutschland, die im internationalen System eine gewisse Autonomie besitzen. Gemeinsam halten sie den Schlüssel ihrer geopolitischen Zukunft in Händen. Das Schlusswort soll hier Karl Haushofer gegeben werden: „Verlorenes kehrt nie wieder in gleicher Weise zurück, auch nicht als Chance in der Politik, das ist ein Gesetz des Lebens auf der Erde“ (1924: 12).

Literaturverzeichnis

- Behrens, Eduard v. „Hochasien nach dem Weltkriege“, *Zeitschrift für Geopolitik (ZfGp)*, 6. Jg., Heft 2, 1929, S. 150–158.
- Block, Heinrich. „Eurasien“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 1, 1926, S. 8–16.
- Bower, Graham. „Der Bolschewismus und die Westliche Kultur. Die Haltung der englischen liberalen Partei“, *ZfGp*, 4. Jg., Heft 6, 1927, S. 475–478.
- Bülow, J. v. „Der Antikolonialkongress in Brüssel“, *ZfGp*, Jg. 4, Heft 5, 1927, S. 373–381.
- Coox, Alvin D. *Nomonhan: Japan against Russia, 1939*. Stanford, Cal.: Stanford University Press, 1990.
- Cromme, Erhard. „Putin und Lenin“, *Das Blättchen*, 19. Jg., Nummer 4, 15. Februar 2016, <http://das-blaettchen.de/2016/02/putin-und-lenin-35227.html>.
- Dodds, Klaus. *Geopolitics: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Dostal, Jörg Michael. „Transnational War in Syria: The Eisenhower Doctrine in the 21st Century?“, *Studia Politica: Romanian Political Science Review*, 16 Jg., Heft 2, 2016, S. 179–217.

- Hagemann, Walter. „Die Mandschurei. Der Geopolitische Brennpunkt Asiens“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 7, 1926, 537–542.
- Haushofer, Karl. *Dai Nihon. Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft*. Berlin: Ernst Siegfried Mittler und Sohn, 1913.
- Haushofer, Karl. *Geopolitik des pazifischen Ozeans*. Berlin: Kurt Vowinckel Verlag, 1924.
- Haushofer, Karl. „Der Ost–Eurasische Zukunftsblock“, *ZfGp*, 2. Jg., Heft 2, 1925, S. 81–87.
- Haushofer, Karl. „Das deutsche Volk und sein Südseereich“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 3, 1926, S. 201–206.
- Haushofer, Karl, Obst, Erich, Lautensach, Hermann, Maull, Otto. *Bausteine zur Geopolitik*. Berlin: Kurt Vowinckel Verlag, 1928.
- Haushofer, Karl. *Geopolitik der Pan-Ideen*. Berlin, Zentral-Verlag, 1931a.
- Haushofer, Karl. „Das asiatische Antlitz der Sowjets“, *ZfGp*, 8. Jg., Heft 6, 1931b, S. 473–481.
- Haushofer, Karl. „Großasiatische Dynamik“, *ZfGp*, 9. Jg., Heft 3, 1932, S. 129–134.
- Hesse, Fritz. „Das Gesetz der wachsenden Räume“, *ZfGp*, 1. Jg., Heft 1, 1924, S. 1–4.
- Hiroe, Genzaburo. „Die Japanisch–Russische Annäherung und ihre Auswirkung, insbesondere auf die jungasiatische Bewegung“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 12, 1926, S. 880–889.
- Jacobsen, Hans-Adolf. *Karl Haushofer – Leben und Werk – Band I. Lebensweg 1869–1946 und ausgewählte Texte zur Geopolitik*. Schriften des Bundesarchiv, 24/I. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag, 1979a.
- Jacobsen, Hans-Adolf. *Karl Haushofer – Leben und Werk – Band II. Ausgewählter Schriftwechsel*. Schriften des Bundesarchiv, 24/II. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag, 1979b.
- Just, Artur W. „Der autarke russische Raum“, *ZfGp*, 8. Jg., Heft 6, 1931, S. 445–456.
- Kiesling, Hans v. *Mit Feldmarschall Von Der Goltz Pascha in Mesopotamien und Persien*. Leipzig: Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, 1922.
- Kjellén, Rudolf. *Grundriß zu einem System der Politik*. Leipzig: S. Hirzel Verlag, 1920.

- Kjellén, Rudolf. *Der Staat als Lebensform*. Vierte Auflage. In neuer berechtigter Übertragung von J. Sandmeier. Berlin: Kurt Vowinkel Verlag, 1924.
- Kleinwaechter, Friedrich F. G. „Das Ostasiatische Problem und Deutschland“, *ZfGp*, 5. Jg., Heft 11, 1928, S. 937–946.
- Lacoste, Yves. *Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik*. Berlin: Wagenbach, 1990.
- Lamezan, Hugo Frhr. v. „Probleme des Fernen Ostens und Europas. Inselreich und Festlandsmacht“, *ZfGp*, 2. Jg., Heft 9, 1925, S. 654–660.
- Lamezan, Hugo Frhr. v. „Der Kampf um die Gestaltung der Lebensräume“, *ZfGp*, 5. Jg., Heft 7, 1928, S. 593–599.
- Linke, Horst Günther. *Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2005.
- Mackinder, Halford J. „The Geographical Pivot of History“, *Geographical Journal*, 23. Jg., Heft 4, 1904, S. 421–437.
- Mackinder, Halford J. *Democratic Ideals and Reality*. London: Constable and Company, 1919.
- Murphy, David Thomas. *The Heroic Earth. Geopolitical Thought in Weimar Germany, 1918–1933*. Kent, Ohio: Kent State University Press, 1997.
- Obst, Erich. „Die Geopolitischen Leitlinien des Europäischen Russland“, *ZfGp*, 1. Jg., Heft 1, 1924a, S. 5–19.
- Obst, Erich. „Georgien: Eine geopolitische Studie“, *ZfGp*, 1. Jg., Heft 12, 1924b, S. 747–756.
- Obst, Erich. „Sowjetrussische Aussenpolitik“, *ZfGp*, 2. Jg., Heft 3, 1925, S. 1–9.
- Obst, Erich. „Wir fordern unsere Kolonien zurück!“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 1, 1926, S. 151–160.
- Ortner, Johannes. „Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt – Eine literaturwissenschaftliche Analyse von Karl Haushofers Werk vor dem Hintergrund biographischer Einflüsse“, Diplomarbeit, Universität Wien, 18. August 2009.
- Pohle, Richard. „Die politischen Zustandsänderungen im Russischen Reich seit 1914“, *ZfGp*, 1. Jg., Heft 5, 1924, S. 277–288.
- Ratzel, Friedrich. *Politische Geographie*. Dritte Auflage, durchgesehen und ergänzt von Eugen Oberhammer. München und Berlin: R. Oldenbourg, 1923.

- Saller, Heinrich. „Die russische Verkehrspolitik“, *ZfGp*, 8. Jg., Heft 6, 1931, S. 466–472.
- Semenoff, Georg. „Das geopolitische Problem der russischen Revolution“, *ZfGp*, 2. Jg., Heft 8, 1925, S. 548–559.
- Semjonow, Jurij. „Der „Kultur–Bolschewismus“ in seiner Heimat“, 8. Jg., Heft 6, 1931, S. 481–488.
- Spang, Christian W. und Milovanovic, Igor. „Introduction to Early 20th–Century Geopolitics“, *Outside the Box: The Tsukuba Multi–Lingual Forum*, 4 Jg., Heft 1, 2011, S. 8–17.
- Spang, Christian W. *Karl Haushofer und Japan: Die Rezeption seiner geopolitischen Theorien in Deutschland und Japan*. Deutsches Institut für Japanstudien, Band 52. München: Iudicium, 2013.
- Sprengel, Rainer. *Kritik der Geopolitik. Ein deutscher Diskurs, 1914–1944*. Berlin: Akademie Verlag, 1996.
- Spykman, Nicholas J. *The Geography of the Peace*. New York: Harcourt, Brace and Company, 1944.
- Strachan, Hew. „Kontinentales Kernland oder maritime Küstenzonen. Zur Geopolitik des Ersten Weltkrieges.“ Übers. von Michael Geyer. Geyer, Michael, Lethen, Helmut und Lutz Musner (Hrsg.). *Zeitalter der Gewalt. Zur Geopolitik und Psychopolitik des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt/M.: Campus Verlag, 2015, S. 68–92.
- Thiel, K. A. „Die grossen Mächte in Ostasien“, *ZfGp*, 5. Jg., Heft 11, 1928, S. 946–955.
- Tooze, Adam. *The Wages of Destruction: The Making & Breaking of the Nazi Economy*, London: Penguin, 2008.
- Ueberschaar, Hans. „Die Japanische Staatskultur und ihr Verhältnis zur Union der Sozialistischen Sowjet–Republiken“, *ZfGp*, 3. Jg., Heft 1, 1925, S. 17–32.
- Wiederkehr, Stefan. *Die eurasische Bewegung: Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland*. Köln: Böhlau Verlag, 2007.
- Zeck, Hans. „Der ostasiatische Problemkreis“, *ZfGp*. 3. Jg., Heft 11, 1926, S. 844–848.

In Search of the Geographical Pivot of History: The Eurasia Debate in the *Zeitschrift für Geopolitik* (1924-1932)

Jörg Michael Dostal*

<Abstract>

This study examines the history of geopolitical thinking in Germany during the Weimar Republic period (1919–1933). The first section introduces some basic geopolitical concepts. The second part analyzes Halford Mackinder’s influential article ‘The geographical pivot of history’ (1904) in the context of his vision of Eurasian history. The third section scrutinizes geopolitical concepts of two main editors of *Zeitschrift für Geopolitik*, namely Karl Haushofer and Erich Obst, who both edited this most significant German–language geopolitical journal during the Weimar era. Since 1913, Haushofer advocated for his strategic concept of an ‘East–Eurasian bloc of the future’, based on a suggested geopolitical alliance of Germany, Russia, Japan, and potentially including China. This alliance was intended to block access of the Anglo–Saxon maritime powers to the Eurasian landmass. In contrast to Haushofer, Obst advanced a negative interpretation of Russian history. He did not believe that a German geopolitical alliance with the eastern powers was promising.

These conflicting views in Weimar German debates on Eurasia are further examined in the fourth part based on a case study of relevant articles published in *Zeitschrift für Geopolitik* between 1924 and 1932. The ideas voiced during these debates – especially major differences in the interpretation of Russian history and

* Associate Professor, Graduate School of Public Administration (GSPA), Seoul National University

statehood still have contemporary significance, not least in terms of ongoing conflicts of interest between land powers and sea powers in the 21st century.

Key words: Erich Obst, Eurasia, Geopolitics, Halford Mackinder, Karl Haushofer, Zeitschrift für Geopolitik

역사의 중심점을 향한 탐색: 지정학논총의 유라시아 토론 (1924-1932)

Jörg Michael Dostal*

<국문초록>

이 글은 바이마르공화국 시대에 독일에서 전개된 지정학적 사고의 역사를 연구한다. 논의의 순서에 대해 말하자면, 우선 몇 가지 지정학적 기본개념을 소개한다. 이어서 유라시아에 놓여 있는 역사의 지리적 중심점에 대한 마킨더의 영향력 있는 논문(1904)을 분석한다. 그 다음 바이마르 시대에 가장 중요한 독일어권 지정학 관련 정기간행물인 “지정학논총”의 주요 발행인이었던 하우스호퍼와 읍스트의 지정학적 아이디어에 관해 논의한다. 하우스호퍼는 1913년 이래 ‘동유라시아 미래블록’이라는 개념을 주장하였다. 이 개념은 러시아일본과의 동맹을 함축하고 있었으며, 아마도 중국과의 지정학적 동맹도 역시 포함하고 있었다. 그러한 동맹을 통하여 그는 앵글로색슨 해상강국을 유라시아에서 격리시키고자 하였다. 이와는 대조적으로 읍스트는 러시아에 대하여 부정적인 견해를 갖고 있었으며 동쪽에 대한 독일의 지향에 별 다른 전망이 없다고 보았다. 그 다음 부분에서는 1924-1932년 동안 지정학논총에 게재되었던 여러 기고문을 보기로 하여 독일의 유라시아 토론에서 나타난 이와 같은 대립적인 입장에 대해 더 자세하게 논의한다. 거기서 제시된 아이디어, 특히 토의 참여자들이 러시아에 대해 갖고 있던 대립적인 심상은 오늘날에도 역시 유의미하고 중요한 것으로 보인다. 왜냐하면 21세기에도 해상강국 사이에서 이해관계의 대립이 계속 존속하고 있기 때문이다.

주제어: 읍스트, 유라시아, 지정학, 마킨더, 하우스 호퍼, 지정학논총

논문접수일자: 2016년 11월 21일

논문심사일자: 2016년 11월 21일

게재확정일자: 2016년 12월 13일

* 서울대학교 행정대학원, 부교수